

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)**

103 (4.5.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556063](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556063)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprecher-Ausschlag Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat 1,00 Mk., bei Nachzahlung 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,50 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interesse die stängelpolte Korpusgelle oder deren Raum für die Interessenten in Rüstingen-Blüthenhagen u. Homagen, sowie der Fälligen 15 Pf., für sonstige auswendige Interessenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechende Abant. Können Ausgaben aus Nummer als der Grundgebühr gezahlt werden, so werden sie auch nach erster berechnet. Restamesse 20 Pf.

25. Jahrgang.

Rüstringen, Donnerstag den 4. Mai 1911.

Nr. 105.

## Die geheimen Gründe.

Am Reichstage steht eine geschlossene bürgerliche Mehrheit zusammen, die bereit ist, dem Selbstverwaltungswort der Arbeiter in den Krankenkassen den Hals zu brechen. Aber noch immer hat man nicht gehört, welche schwerwiegenden Gründe diese Reichstagsmehrheit veranlassen, dem Volke von einem gering bemessenen öffentlichen Rechte wieder eines zu konstatieren, die Selbstverwaltung zu schwächen und die Macht der Klassenpolitischen Bureaucratie zu vermindern. Ueber allgemeine Nebensachen vom „sozialdemokratischen Terrorismus“ und einem Bündnis von Rüstingensbürgern (s. z. B. Stiftung eines Kranzes mit roter Schleife für einen verstorbenen Beamten und dergl.) ist man bisher noch nicht hinausgekommen. Auch am Dienstag hat Genosse Hoff als Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage gegen die Reichstagsmehrheit, die die Selbstverwaltung zu erhalten, die die Mehrheit zu ihrem Verhalten bestimmt haben. Die Antwort war ein großes Schweigen und die kleine Verlegenheitsrede, darauf wollte man später noch zu sprechen kommen.

Die Mehrheit denkt, wenn man etwas tun will, braucht man um Gründe nicht verlegen sein, die findet man nachher schon, wenn die Sache erledigt ist. Und darum handelt sie an den Klassenpolitischen, deren Rechte von der sozialdemokratischen Fraktion verteidigt werden, ungefähr nach dem militärischen Grundsatz: erst haben sie die Strafe anzunehmen und dann dürfen sie sich beschweren. In der That, in Wählerverhandlungen kann man ja später, um die Unvollständigkeit dieser Beschlüsse nachzuweisen, die schönsten Beweise über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen“ erbringen, ohne daß der Kreis, an den man sich damit wendet, auch nur ein Wort der Widerlegung zu hören bekommt.

Ganz anders liegen die Dinge im Reichstage. Wird das Material der Gesetze dort zu Vortag gebracht, dann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Möglichkeit, es auf seine Stichhaltigkeit zu untersuchen und gegebenenfalls zu widerlegen. Eine bessere Öffentlichkeit erfährt dann, was es mit dem sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen wirklich auf sich hat. Und darum sucht man der Debatte möglichst aus dem Wege zu gehen und verzichtet den sozialdemokratischen Redner, der die Gründe des Behaltens der Mehrheit kennen zu lernen wünscht, auf irgend einen unbestimmten späteren Zeitpunkt.

Wir möchten einmal sehen, was passieren würde, wenn die sozialdemokratische Fraktion in irgend einer anderen Sache eine ähnliche Taktik einschlagen würde, wenn sie etwa gegen Regierungsbekanntmachungen in bezuglichen Weise vorzugehen versuchte, was es jetzt gegenüber den Klassenverwaltungen geschieht. Umsofort Verächtlichkeit, Verleumdung, gewissenlose Verleumdung, solche und ähnliche Anzettelungen würden auf die Partei gleich einem Plagenregen niederprasseln. Wenn ein Angehöriger der Partei die Sozialdemokraten auffordern würde, die Klassenmaterial vorzulegen, und sie würden sich weigern, es zu tun, welcher Sturm der Entrüstung würde sich gegen sie erheben? Aber wer die Macht, wer die Mehrheit hat, der darf es sich schon erlauben! Er kommandiert und bestiehlt, und wenn man ihn nach dem Warum fragt, antwortet er mit lächerlicher Gelassenheit: Später!

Diese Verlogenheit ist doch entsetzlich! Warum hat man nicht denn den Mut zu sagen: Weil wir die Sozialdemokraten hassen wie die Sünde, weil wir jedem Sozialdemokraten persönlich Schaden und Verlust bereiten wollen, stellen wir föhlig sind, weil wir die Macht der Bureaucratie hegen wollen, darum sind wir Gegner der Selbstverwaltung. Es ist offensichtlich, daß sich selbst die niederste Bosheit noch ein Mäntelchen von Billigkeit und Gerechtigkeit umhängen muß, und daß man auch hier einen solchen Akt unläugbarer Unfähigkeit in ein paar moralisch klingenden Nebensachen ohne lächlichen Untergrund zu verfallen bemüht ist. So kommt man zu einem parlamentarischen Verfahren, das in seiner Methode noch schlimmer ist als das gewöhnliche Standrecht. Man spricht der Selbstverwaltung der Krankenkassen das Urteil, ehe man ihr auch nur die Billage vorgehalten hat!

## Politische Rundschau.

Rüstringen, 3. Mai.

### Betriebskrankenkassen und Versicherungsordnung.

Der Ausschuss des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen nahm am letzten Sonnabend zu der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse Stellung. In einer Resolution wird gegen die Beschränkung der Betriebskrankenkassen und gegen die erforderlichen Voraussetzungen für ihre

Zulassung „entschiedener Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskrankenkassen hätten sich „auf diese beschränkt“, seien „besonders leistungsfähig“ und hätten große Vorteile. Das gelte besonders auch von den kleinen Betriebskrankenkassen, die häufig mehr leisten wie große Ortskrankenkassen. „Kollektiven unannehmbar“ sei die Forderung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, wenn und solange sie die allgemeine Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährden. Die Resolution verweist dann mit einem plumpen Ausfall die „geringere Leistungsfähigkeit einer Ortskrankenkasse“ zum guten Teil auf die Art zurückzuführen, wie sie verfaßt wird.

Auch die gegen das Versicherungsamt erhobenen Bedenken seien durch die Kommissionsberatung keineswegs erledigt. Es vermehre die Zahl der ehrenamtlich tätigen Beamten und das Beamtenherd und leite auch einer Vertiefung der Reichsversicherung Vorzug. Das Verfahren vor dem Versicherungsamt sei zu unsicher, es erschwere und verlangsame den Geschäftsgang.

Die Arztfrage sei ungelöst geblieben. „Trotz der anerkannten schlimmen Lage, in der sich die Krankenkassen den Ärzten gegenüber befinden, ist es unter dem Druck der Generalreferendarien des Leipziger Verbandes unterlassen worden, dem von diesem Verband geforderten Kooperationszwang und der Ehrergründbarkeit durch geeignete geistliche Vorschriften entgegenzutreten. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Ermächtigung, an Stelle der ärztlichen Behandlung einen Barbettag zu gewähren, den Krankenkassen in gewissen Fällen bei Komplexen mit den isolierten Ärzten eine Erleichterung verschaffen kann, so bleibt doch im wesentlichen der gegenwärtige schlimme Zustand bestehen, bei welchem die Ärzte in der Lage sind, den Krankenkassen ihre Bedingungen aufzuzwingen.“

Den Krankenkassen müsse das Recht bleiben, nur bestimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Auch eine Reihe einzelner Bestimmungen rufe die größten Bedenken hervor, „so namentlich die mangelnde Sicherung der Krankenkassen gegenüber der Ausnutzung bei Doppel- und Ueberversicherung (§ 205); die Einschränkung für die Forderung einer Wartezeit bei Reklamationen (§ 221); die viel zu hohe Bemessung des Erlases für Kranke- und Krankenhauspflüge (§§ 228a, 232, 1435); die Fortsetzung der Versicherung in der früheren Lohnhöhe bei Lohnminderung (§ 412a); die ungerechte Bestimmung im § 414, daß der Arbeitgeber allein zu höheren Beiträgen herangezogen werden soll, wenn in seinem Betriebe eine größere Krankheitsgefahr besteht; die Gemüding von Doppelversicherungen an Unfallverletzte nach Ablauf der 13. Woche (§ 5. Buch).“

Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen: „Insgesamt bietet die Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge. Demgegenüber legt sie aber den Arbeitenden insbesondere der Industrie neue große Lasten auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Erschwernungen und in dem Versicherungsamt erhöht die bestenfalls unzulänglichen. Obendrein werden die Betriebskrankenkassen wesentlich beschränkt, fast gänzlich und in eine für alle Zukunft unsichere Lage gebracht. Sollte in diesem Punkte nicht nach eine Veränderung erzielt werden, die den ungünstigsten Fortbestand der Betriebskrankenkassen sicher, so ist die gesamte Regelung der Reichsversicherungsgesetzgebung für den Verband unannehmbar.“

### Deutsche Sittenergebnisse.

Den tugendhaften Sitten der deutschen Studierenden Jünglinge droht schwere Gefahr. Das ultramontane „Frankfurter Volksblatt“ sagt lebhaft über die von Paris einbrechende Sittenergebnisse, die schon soweit sei, daß mancher Student mit einem Mädchen von freien Lebensgewohnheiten in ein regelrechtes Konkubinat unterhalte, wie im Pariser Quartier latin. Dem politisierenden Ruf des schwarzen Blättchens nach der Hilfe der Regierung gegen solche Verwilderung und Entfittlichung schließt sich der Berliner „Reichsbote“ mit pastoralem Eifer an. Er schreibt:

Jedenfalls sollte die Polizei resp. die Universitätsbehörde es als ihre Aufgabe betrachten, die Sache zu untersuchen, und wenn die Dinge wirklich so liegen, mit entschlossener Strenge gegen diese Studenten vorgehen, sie von der Universität auszuschließen und die Dürnen von der Polizei ausweisen zu lassen. Studenten, welche ihre Jugend so im Konkubinat mit Dirnen verbringen, sind nicht föhlig, später als öffentliche Beamte im Staat, als Lehrer in der Schule, als Richter zu richten. Wir haben in Staat und Gesellschaft alle Mische, erste Sittlichkeit unter der Jugend zu pflegen. Wenn wir die Jugend der ärmeren Klassen (I) durch Jugendpflege sittlich zu

schließen suchen, so dürfen wir die studierende Jugend erst recht nicht im Dürnenweien verkommen lassen.

Der Unterschied zwischen französischen und deutschen Studentenleben besteht in der Hauptache darin, daß der französische Student sein Mädchen ein Semester lang behält, während der deutsche es wesentlich ein bis zweimal wechselt. Daher kommt es, daß der französische Student in seiner Geliebten viel eher den Menschen achtet, als der deutsche, der im Verkehr mit der tiefsten Prostitution das Weib nur als Vergnügungsobjekt kennen lernt und infolgedessen auch viel häufiger Geschlechtskrankheiten acquirit. Das ist in Wahrheit der „Vorzug“ des deutschen Systems und das ist auf der andern Seite die Gefahr der „gallischen Sittenergebnisse.“

Wenn die Schwarzblauen in Zukunft keinen zum Beamten, Richter, Lehrer machen wollen, der nicht in nachweislich keuschem Zustand in den Gehalt eingetretet ist, so kann es uns recht sein. Aber dann bitten wir wenigstens um eheliche, um ganze Arbeit! Das französische System hat gewiß seine Schattenseiten, aber es hält zur Not noch den Vergleich aus mit dem schämen alten deutschen Studentenbrauch, sich erst sinnlos zu bejaufen, um nachher ins Bordell zu gehen.

### Die Maffeiemonstration.

Auch im Ausland ist die Maffei wie in den Vorjahren begangen worden. Ob die Beteiligung größer geworden ist, läßt sich noch nicht übersehen.

In Deutschland ist es bereits zu Ausperrungen wegen der Maffei gekommen.

In Berlin wurden der Maffei wegen in 320 Betrieben 6768 Holzarbeiter ausgesperrt. Davon sind ungefähr reichlich 6000 Mann auf 3 Tage, die übrigen längere Zeit ausgesperrt und entlassen. — Im Berliner Metallgewerbe wurden in 17 Betrieben 501 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt und zwar 3, 6 bis 8 Tage. — Vom Zimmererverband wird gemeldet, daß 140 Mann auf drei Tage ausgesperrt sind.

In Braunschweig wurden 2000 Metallarbeiter auf 8 Tage ausgesperrt.

### Deutsches Reich.

Berlin, 3. Mai. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betreffend Entlastung des Oberverwaltungsgerichts zugegangen.

Der neue deutsch-schwedische Handelsvertrag wurde vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Ribben-Lohr und dem hiesigen schwedischen Botschafter v. Trolle unterzeichnet. Der Wortlaut wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag in erster Lesung den Gesetzentwurf betr. die Abänderung der rheinischen Gemeindeordnung. Die Vorlage, die bereits das Herrenhaus passiert hat, bezieht sich im wesentlichen auf eine Abänderung der Bestimmungen über die Mitgliedschaften, denen heute im Geltungsbereich der rheinischen Gemeindeordnung weitgehende Rechte eingeräumt sind. Die Regierung hat diese Vorrechte nicht etwa beseitigt, sondern nur ganz unerheblich eingeschränkt, und das Herrenhaus ist ihr auf diesem Wege gefolgt. Dagegen hat das Herrenhaus einen anderen Vorschlag der Regierung, der darauf hinausläuft, die Sitzungen der Gemeindevorstände öffentlich zu gestalten, aus Furcht vor der Sozialdemokratie abgelehnt. In dieser Fassung ist die Vorlage an das Abgeordnetenhaus gelangt. Die Redner der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, erklärten sich im allgemeinen damit einverstanden. Einen anderen Standpunkt nahm unsere Fraktion ein, deren Redner, Gen. Hirsch, den Entwurf als eine Revision bezeichnet und energisch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen forderete. Die Beratung endete mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Die Durchprüfung der Reichsversicherungsordnung. Der Zentrumsabgeordnete Müller-Juda hat sich dahin ausgesprochen, daß die Reichsversicherungsordnung eigentlich Paragraph für Paragraph beraten werden müßte, jedoch hinzugefügt, daß dies lediglich seine eigene, private Ansicht sei. Gegen diese Ansicht laufen gleicherweise „Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ Sturm. Sie verwiesen darauf, daß eine Durchprüfung des Gesetzes vollkommen ausgeschlossen sei, sobald im Verein alles das noch einmal „durchgelesen“ werden wollte, was in der Kommission über diese Sachen im einzelnen verhandelt wurde. Da außerdem feststeht, daß Konservative, Zentrum und Nationalliberale eine feste Mehrheit für das Gesetz stellen, hätte eine detaillierte Beratung auch gar keinen Zweck. — Die „Tägliche

Rundschau" beruft sich als Zeugen auf den verstorbenen Eugen Richter, der sich bei der Beratung des Zolltarifs auf den Standpunkt gestellt hat, daß man der Mehrheit das Recht zugeteilt müsse, den Verhandlungsmodus selbst zu bestimmen. Ein solcher Modus könne natürlich nur in einer summarischen Behandlung über die einzelnen Bänder gefunden werden.

**Die Zentralorganisation des Zentrums.** Die „Germania“ teilt über die zu gründende Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei folgende Einzelheiten mit: Ueber die Gründung hätten sich jetzt die Landespartei in Schlesien zu machen. In der Beratung des bayerischen Zentrumsauschusses sei prinzipiell beschlossen worden, einer solchen Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei beizutreten. Dem bayerischen Zentrumsauschuss habe ein „Entwurf der Satzungen der deutschen Zentrumspartei“ vorgelegen, der 12 Paragraphen, meist rein formaler Natur, aufweise. Das Statut wolle die volle Selbständigkeit der Landespartei in ihren eigenen Landesangelegenheiten. Der zu schaffende Reichsauswahlschuss solle paritätisch durch die Landespartei gebildet werden. Die Landesorganisationen Preußens, Bayerns, Württembergs, Badens usw. würden namentlich in gleicher Stärke im Reichsauswahlschuss vertreten sein.

**Ein freisinniges Klimatum.** In Nordhausen hielten die Fortschrittler am Sonntag einen Parteitag für die Provinz Sachsen ab. In einer Resolution wird das Zusammengehen mit den Nationalliberalen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen begünstigt, gleichzeitig aber bedauert, daß die Nationalliberalen von ihrer Sonderkandidatur in Nordhausen nicht zurücktreten wollen. Es heißt dann in der Resolution:

„Wird nicht binnen 14 Tagen in allen in Betracht kommenden Kreisen des Provinzialverbandes die unbedingte Zustimmung der nationalliberalen Lokalorganisationen zu den Vereinbarungen ausgesprochen, so erklärt der Parteitag weitere Verhandlungen für zwecklos und beschließt, indem er die Verantwortung für das Scheitern des Abkommens und die zu erwartenden Folgen ablehnt, die Organisation der fortschrittlichen Volkspartei, des Provinzialverbandes zu sofortigem selbständigem Vorgehen und zu entschlossener Arbeit aufzufordern.“

**Gemeindevorstand.** Der Gemeinderat in Boigtberg bei Delitzsch behält seine sozialdemokratische Mehrheit. Am Sonntag fanden die Ortswahlen zum Gemeinderat statt, der länger als drei Monate beschlußunfähig war, nachdem die fünf sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder, auf Befehl einer Einwohnerversammlung ihre Ämter niedergelegt hatten. Die fünf Sozialdemokraten wurden wiedergewählt und damit die sozialdemokratische Mehrheit wieder hergestellt.

**Das Malmuzugs-Verbot in Halle.** Nach wiederholter Aufforderung hat sich die Polizeiverwaltung in Halle nun doch noch nachträglich dazu bequemt, eine „Begründung“ für ihr Verbot des Malmuzuges zu geben. In edelstem Polizeideutsch heißt es darin: „Bei dem Wege, den der Malmzug nehmen sollte, ist eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs, die zugleich die öffentliche Sicherheit betreffen hätte, zu beargen.“ Weiter heißt es: „Es muß auf den demonstrativen Charakter der geplanten Veranstaltung und darauf Rücksicht genommen werden, daß in einer Stadt von über 180 000 Einwohnern, wie in der Bevölkerung jeder Großstadt, notorisch zahlreiche Elemente vorhanden sind, die eine ausgesprochene Neigung zu Skandalen und Widersetzlichkeiten gegen die öffentlichen Sicherheitsorgane haben und nur auf die Gelegenheit solcher Veranstaltungen warten, um ihrer Neigung zu frönen. Unter diesen Umständen kann die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Rechtsfriedens der Allgemeinheit bei Zulassung des Malmuzuges nicht übernommen werden. Abteilung II, 3. B. (ges.) v. Döllso.“

Die furore Motiwierung atmet schlimmsten Polizeigeist. In Halle pflegt man ihn grundsätzlich in preußischer Reinkultur.

**König Landrat.** Der Landrat des Kreises Wignhausen a. d. Weira hat neuerdings die Polizeibeamten seines Kreises instruiert, daß keine politische Versammlung länger als 10 Uhr dauern dürfe. Eine größere Anzahl von Versammlungen wurde auch um 10 Uhr polizeilich geschlossen, auch solche, die erst um 9 1/2 Uhr beginnen konnten. — Erst vor kurzem wurde der Nachweis geführt, daß es ohne weiteres gegen das Vereinsgesetz verstoßt, politische Versammlungen unter die Bestimmungen über die Polizeistunde zu zwingen.

**Frankreich.**

**Demonstration gegen das Altersversorgungsgesetz.** In St. Etienne protestierten am 1. Mai die Arbeiter auch gegen das unzulängliche Altersversorgungsgesetz, indem sie vor dem Rathaus einen kleinen Holzsteg verbrannten, der das Vereinsgesetz enthielt. Mehrmals kam es zu Zusammenstößen mit den Truppen, wobei verschiedene Personen verwundet und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

**Portugal.**

**Eine royalistische Verschwörung.** Unter der Beschuldigung der Verschwörung gegen die Regierung sind verschiedene Personen verhaftet worden, darunter der Bruder des Grafen Aguado, eines Anhängers des alten Regimes. Der Graf selbst ist geflohen. In seiner Wohnung sind belastende Schriftstücke beschlagnahmt worden.

**Türkei.**

Der zweite Aufstand der Albanesen ist, wie es scheint, zum Stillstand gekommen, und beginnt das organisierte und disziplinierte Militär die für ihre Freiheit kämpfenden Aufständischen Schritt für Schritt zurückzudrängen. In einer ganzen Anzahl von Gefechten haben sie den Kürzeren gezogen und haben die besetzten Städte aufgeben müssen. Die lange der Kleinkrieg in den Bergen noch dauern wird, das kann man nicht voraussehen.

**Amerika.**

**Schutz den Wäldern.** Der oberste Gerichtshof in Washington hat das Bundesverbot an Wäldern in verschiedenen Teilen des Landes ohne Zustimmung des Staates, in welchem die Wälder liegen, für verfassungsmäßig erklärt. Diese Entscheidung läßt der von Roosevelt eingeleiteten Schutzpolitik ihre Gültigkeit.

**Kapitalistische Anbahnung.** Der Stahlruhr übernimmt die Edison Iron Works in San Francisco und kauft dort einen weiteren Landkomplex an. — Aus den Südstaaten wird eine weitere Fusion von Baumwollspinnereien, welche zusammen 300 000 Spindeln betreiben, gemeldet.

**China.**

**Die Aufstandsbewegung nimmt immer noch zu.** Nach Meldungen des Newyork Herald hat sich die Aufstandsbewegung in Kanton auf Kwang Si und Fo Kien ausgedehnt. Ja-Tsien liegt in Flammen. Die Rebellen, die diese Stadt in beträchtlicher Stärke angriffen, wurden zurückgeschlagen, aber erst, nachdem sie zuvor ihr Zerstückungswerk vollendet hatten. Sams-Schal und Weicho sind bedroht, und der bedeutende Marktsteden von Loichang wurde angegriffen. Ueberall werden die Behörden jedoch Herden der Bewegung, die offenbar keine höhere Leitung besitzt. Die Telegraphenlinien sind durchschnitten worden, so daß man fast ohne Nachrichten aus den Aufstrebenden ist. Alle gelangenen Nachrichten werden sofort gehakt. Die meisten waren europäisch gekleidete Chinesen mit abgemessenen Zöpfen. Zwei amerikanische Kanonenboote, vier englische, zwei französische und ein deutsches sichern Sams-Schal, das bereits von chinesischen Truppen besetzt ist, und die Europäerkolonie Schemoen.

**Rach chinesischen Verächtern** nahmen die Aufständischen, von Räuberbanden unterstützt, Wutschou-Samtehu-Weichou ein. Ein erster Zusammenstoß zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen hat bei Tsichou stattgefunden. Ein chinesisches Kanonenboot feuerte und tötete circa 200. Es ist schwer, authentische Nachrichten zu erhalten, da die Telegraphenlinien unterbrochen sind.

**Kleine politische Nachrichten.** Das englische Unterhaus hat die Einziehung des Vorkettes des Oberhauses mit 209 gegen 194 Stimmen beschlossen. — Der amerikanische Millardär Carnegie hat dem Schweizer Bundesrat 120 000 Dollar zur Verfügung gestellt für Personen, die bei der Lebensrettung anderer wieder aufgenommen. — Die mexikanischen Rebellen haben die Provinzhauptstadt Durango eingenommen, die Regierungstruppen abgebrannt und eine Weide der Zentralbahn geplatzt.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Situation auf den Hamburger Schiffswerften** spitzt sich wieder zu. Als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Schiffswerften beendet wurde, nahmen die Werftarbeiter an, daß die Werftbesitzer ihnen gegebenen Versicherungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die bestehenden Einstellungs-löhne festgesetzt und um 2 Pf. pro Stunde aufgebessert werden. Die Werftbesitzer legten das später so aus, daß die 1907 bestandenen Einstellungs-löhne hierfür die Grundlage bilden sollten. Hierbei herrschte in den Kreisen der Arbeiter begriffliche Erregung und verlangten sie — wie das auch gar nicht anders ausfallen ist — daß die zurzeit des Ausbruchs des Kampfes bestehenden Einstellungs-löhne bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten.

Wegen der Akkordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und derartig festgelegt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber ansatz, daß die Werftbesitzer die Akkordpreise den Verhandlungen gemäß erhöhten, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Akkordpreise vorgenommen. Auch wegen der Bezahlung für die Nachschichten ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werften verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zutritt einer örtlichen Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die anderen Werften eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg. Erst nachdem sich die Situation äußerlich kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen abzuwehren zu müssen, wenn die Werftbesitzer bei ihrer Ablehnung verharren würden, bequamen sich die Unternehmer endlich dazu, der Bildung der Kommission zuzustimmen.

Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben sich hinter allerlei Akzidenzen verschanz. Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Einstellungs-löhne haben die Werftbesitzer nicht und abgelehnt und die Akkordpreise als angemessen bezeichnet. Auch alle anderen Wünsche der Arbeiter sind unberücksichtigt geblieben.

In zwei stück besuchten Verammlungen der Werftarbeiter aller Branchen erfassten die Vertreter der Ortskommission Bericht. Nach einer teilweise erregten Debatte fand eine Resolution Annahme, in der von den ergebnislos verlaufenen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleitungen aufgefordert werden, eventuell erforderliche schärfere Maßnahmen vorzubereiten. An den Werftbesitzern wird es nun liegen, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen. Geschieht das nicht, so wird die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Verammlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

**Soziales.**

**Müstringen, 3. Mai.**

**Die Steuererklärungen.**

Im Großherzogtum Oldenburg sind die ausgegebenen Steuererklärungsformulare bis spätestens zum 10. Mai ausgefüllt dem Vorsitzenden des Schatzungsausschusses (Amtshauptmann oder Magistrat der Städte erster Klasse) ein-

zureichen, widrigenfalls dem Steuerpflichtigen die Ergänzung verweigert geht, die gefälligen Abzüge mögen zu tun. Vorwiegend kommt hierbei das Steuererklärungsformular Nr. 7 in Betracht, über das wir, wie in früheren Jahren, auch diesmal wieder einige Aufklärung geben wollen.

Sehen wir uns dieses Formular näher an. Die ersten Titel dieses Formulars kommen für die Arbeiter nicht in Betracht. Titel VI ist aber von den Arbeitern bekannt zu beachten. Hier sind 1. die festen Bezüge; Löhne, Lohn-Wohnung, Beförderung usw., angegeben; 2. die Gehalts aus nicht festgelegter Tätigkeit, wie Akkord- und Stundenlohnverdienst. Dieser ist nach dem Ergebnisse des Steuerjahres unmittelbar vorangegangenen Jahres (das gewerbliche Geschäftsjahr erstreckt sich nach den Ausschreibungsbestimmungen vom 1. Januar bis zum 31. Dezember) zu bemessen. Nach dem Fragebogen des Schatzungsausschusses haben die Arbeitgeber den Steuerpflichtigen auf Wunsch die nötigen Mitteilungen über im Vorjahre verlebte Tage oder Wochen, Akkord- und Lebenslohn zu machen. Im Titel VII sind zur Besteuerung des Vermögens die Lebensversicherungen genau zu bezeichnen. Nach Art. 22 des Vermögenssteuergesetzes kommen noch nicht fällige Versicherungsprämien und Kapitalbeträge, falls aber der Betrag zugewiesen wird, für welchen die Versicherungssumme in Police zurückkaufen würde, mit diesem Rückkaufswert zur Besteuerung.

Der Titel VIII birgt für die Arbeiter die bedeutendsten Bestimmungen in sich. Hier sind die vom Einkommen zulässigen Abzüge genau zu bezeichnen. In Steuererklärungsformular Nr. 7 besagt in einer Nummer zu diesem Titel: „Die Abzüge unter 1—3 sind nur zulässig, wenn sie angemeldet werden. Die weitere Ausfüllung des nachfolgenden Teils dieses Formulars ist nicht gezwungen, wohl aber, und zwar besonders im Interesse der Steuerpflichtigen selber, erwünscht. Ist die Höhe der Abzüge schwankend, so ist der Betrag des letzten Jahres anzugeben, oder, wenn es sich um neue Abzüge handelt, der monatliche Betrag für das Steuerjahr.“ Der Steuerpflichtige hat natürlich an der Anmeldung der Steuerabzüge kein Interesse, umsonst aber der Widermittelte; deshalb muß jeder den Titel sich ganz genau ansehen.

In Abzug vom Einkommen sind zu bringen: 1. die Schuldenzinsen; 2. dauernde private Vorkosten restlicher (nicht aber Alimentation); 3. Beiträge zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, sowie zur Lebensversicherungsanstalt (bis insgesamt 300 M.), einzeln genau anzugeben; 4. die Staatssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer; 5. die Gemeindesteuern aller Art; 6. die Beiträge zu den Kommunen und Annungen; 7. die Beiträge zu der reichsgesetzlichen Unfall- und Invalidenversicherung und den genau zu bezeichnenden Krankenkassen, ohne Unterschied, ob es sich um eine freiwillige oder zwangsweise Krankenversicherung handelt, ob die Krankenkasse eine private oder öffentlich-rechtliche Anstalt, ob die Versicherung auch für die Familienmitglieder oder nicht bestimmt ist; 8. die Feuerversicherung und sonstige näher bezeichnete Prämien.

Weiter ist am Schluß ein größerer Raum übrig gelassen worden, auf dem alles angegeben werden soll, was die Einkommen bis 2400 Mark bei der Einkünftegrenze mindern geeignet ist: unzulässige werkschaftliche Verbindlichkeiten, außergewöhnliche Belastung durch Unterhaltung und Ausbildung der Kinder oder sonstiger Angehörigen, andere und häufige Krankheit in der Familie, außergewöhnliche Verhütung, außergewöhnliche Unglücksfälle u. d. d. d. unzulässigen Verbindlichkeiten müssen stets im einzelnen festgesetzt und bewertet werden.

Nach den ministeriellen Ausführungsbestimmungen können auch Abzüge machen die kleiner wegen Vorkosten für Abzüge, die Gebarmen für Kleidung, die Verste für Arbeitskleidung, für Instandhaltung und Wahrung der Instrumente und für Zubehör. Analog die Bestimmung dieser Arbeiter in Abzug bringen die Ausgaben für Arbeitskleidung, für Instandhaltung und Wahrung des Arbeitsgeräts, für Abzahlung eines Jahresrabates bei weiten Wegen zur Arbeitsstelle u. d. d. d. sind vom Rohlohnformen alle Aufwendungen abzugreifen, die notwendig sind, um den Einkommensbetrag ungemindert zu erhalten.

Weiter sind bei der Besteuerung gesetzlich außer Betracht zu lassen: bei Einkommen bis 3000 M. für jedes eine eigene Schule (auch Handels- oder Bauergewerks, nicht aber Hochschule) besuchende oder noch nicht schulpflichtige Kind 50 M., für jedes zweite und dritte Kind je 75 M. und für jedes weitere Kind je 100 M., ferner von den wöchentlichen und wöchentlichen bedingenen Löhnen mit Rücksicht auf die wegen Krankheit- und Rindigungsunfähigkeit größerer Unsicherheit der Einkünfte ein Zwölftel des rechnungsmäßigen Jahreslohnes.

Steuerpflichtige, die weniger als 400 M. Einkommen haben, sind steuerfrei.

Wir bemerken nochmals, daß jeder Arbeiter gut zu eine Steuererklärung auf Formular Nr. 7 bis spätestens den 10. Mai abzugeben, damit ihm alle gefälligen Abzüge von seinem Rohlohnformen zugute kommen; andernfalls muß er das unverminderte Einkommen versteuern, ohne daß dagegen reklamiert werden kann. Diejenigen, die mehr als 1200 M. Einkommen haben, müssen die Steuererklärungen abgeben. Tun sie es nicht oder nur mangelhaft oder unrichtig, so können sie in eine höhere Steuerklasse verlegt oder in Strafe bis zu 300 M. genommen werden.

Jede Steuererklärung ist sodann noch unbedingt mit Ort, Datum und eigenhändiger Unterschrift zu versehen, andernfalls ist keine Gültigkeit hat.

Die Steuerpflichtigen, die kein Formular Muster Nr. 7 erhalten haben, tun gut, sich ein solches vom Gemeindevorstand ihres Wohnorts zu holen.

Der Geschäftsvorkehr mit der Stadtverwaltung. Der Magistrat erlegt in der heutigen Nummer eine Bekannt-



machung, auf die wir aufmerksam machen. Dieselbe gibt dem Publikum Kenntnis von der Regelung der Dienststunden, der Sprechtunden, der Benutzung der Stenographen, der Erlebung der Raucherhöfe und der Armenhäuser.

**Bureau für Stadtkämmerei gesucht.** Die Stadtverwaltung sucht zur Unterbringung ihrer Stadtkämmerei ein an anderer Bureau eine Belligung im Mittelpunkte, möglichst an der Bismarckstraße, zu kaufen oder Räume zu mieten. Interessenten machen wir auf die Bekanntmachung in heutiger Ausgabe aufmerksam.

**Verstärkter Verfallungsmarkt.** Morgen, Donnerstag, der 1. Mai, findet in Sabewasser's Tivoli eine Verfallungsmarktverfallung statt. Diefes wird sich mit dem neuen Markt an der Kaiserlichen West befähigen. Es steht zu erwarten, daß die Verfallungsmarkt jährlich besucht wird.

**Ueberwachung des Schulbesuchs in Nürtingen und Wilmshausen.** Das Ministerium der Kirchen und Schulen erläßt folgende Bekanntmachung:

Das evangelische Oberlehrerkollegium in Oldenburg und das katholische Oberlehrerkollegium in Wilmshausen haben mit der königlichen Preussischen Regierung in Künig zum Zweck einer sorgfältigen Ueberwachung des Schulbesuchs in Wilmshausen und Nürtingen eine Vereinbarung getroffen. Zur Ausführung dieser Vereinbarungen wird unter Aufsicht der Schulaufsicht des evangelischen Oberlehrerkollegiums vom 29. October 1897 (Gesetzblatt XXXI S. 719) folgendes bestimmt:

1. Bei jedem Umzuge von Schültern aus Nürtingen nach Wilmshausen ist zur Erleichterung der Ueberwachung des Schulbesuchs dem zu entlassenden Rinde ein Entlassungsschein anzuhängen, der den vollständigen Namen, den Geburtsort und Geburtsdatum des Kindes, den Namen und die Eltern oder Pfleger und die Dauer des bisherigen Schulbesuchs enthalten muß. Der Schein ist von dem Hauptlehrer (Hauptlehrer) und dem Schulleiter (Schulleiter) der Schule unter Angabe des Ortes und Tages zu unterzeichnen.
2. Eine Kopie des Entlassungsscheines ist von dem bisherigen Hauptlehrer unmittelbar an den Hauptlehrer der Schule zu senden, in die das Kind eintreten soll. Dieser Hauptlehrer hat, falls das Kind binnen der nächsten 14 Tage nach Ausstellung des Entlassungsscheines für die neue Schule nicht angemeldet wird, dem bisherigen Hauptlehrer Mitteilung zu machen, damit wegen der Schulbesuchnis das Erforderliche veranlaßt werden kann.

**Richtigstellung.** Der Former Wilhelm Mathes, Wilmshausener Nr. 67, teilt uns mit, daß er nicht mit dem Mathes identisch sei, der unter der Anklage steht, eine Kuh gestohlen zu haben.

**Wilmshausen, 3. Mai.**

**Frauenhals und Studienanstalt.** Magistrat und Bürgervereiner-Kollegium beschließen gestern in gemeinsamer Sitzung den Ausbau der höheren Mädchenschule zur Frauenhals und Studienanstalt nach dem Oberrealschulplan. An der Frauenhals sollen folgende Kurse gegeben werden: Erziehungslehre (Pädagogik), Haushaltungslehre (praktisch und theoretisch), deutsche Literaturgeschichte, Kunstgeschichte, Weltgeschichte und Kinderpflege, Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre. Zur Teilnahme an den Kursen der Frauenhals werden außer den Frauenhalslehrerinnen, die sich aus den Schülerinnen der höheren Mädchenschulen rekrutieren, auch Volkshauslehrerinnen zugelassen. Für die Rekrutierung der Volkshauslehrerinnen wird die Anstellung einer Volkshauslehrerin, die den in den Kursen gestellten Anforderungen entspricht, beantragt. Die Volkshauslehrerinnen zahlen 200 Mark Schulgeld jährlich, außerdem haben sie für jede belegte Jahreswochenstunde 20 Mark zu zahlen. Zum Unterricht an der Frauenhals sollen außer Herrn Direktor Meinen die Herren Staatsbibliothekar Nebel, Synodus Träger, die Damen-Oberlehrerinnen Hennig und Frei, Vange oder Frei, Reichendörfer herangezogen werden. Ueber das Schulgeld für die Studienanstalt sollen zwischen Magistrat und Bürgervereiner-Kollegium folgende Bedingungen erlegt werden: Der Magistrat beantragt 180 Mark jährlich für einheimische und 220 Mark für auswärtige. Das Bürgervereiner-Kollegium beschließt folgende Sätze: für einheimische Schülerinnen 150 Mark, für auswärtige 220 Mark. Den Wünschen einiger Mitglieder des Bürgervereiner-Kollegiums um Ausbau der Studienanstalt nach dem realgymnasialen Lehrplan wird man dadurch Rechnung tragen, daß Latein demnach als fakultativer Unterrichtsgegenstand eingeführt werden soll. Das Bürgervereiner-Kollegium konnte seine Tagesordnung nicht mehr erledigen, da sich die gemeinschaftliche Sitzung bis 8 Uhr erstreckte.

**Von der Marine.** Der Leutnant Droschke, der 1. Zt. in der Weinstube „Weingold“ mit einem Revolver auf einen Weibchen schuß und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, muß die Strafe abtun. Das Oberkriegsgericht hat seine Berufung verworfen.

**Nordamerika.** D. h. von der Wüste der Ritzschiffte getrieben sind die Panzerpannenboote — im Volksmunde „Wälder“ genannt — Wälder, Skorpion, Krotzdiel und Ritter.

**Submarine für Torpedos.** Die vierstündige Besuche mit Torpedos, wie sie von den Marine und den Fabriken angestellt werden, erfordern das Abfahren von Torpedos. Dabei kommt es häufig vor, daß die Torpedos, die ja bekanntlich einen hohen Wert haben (der sich nach Tanfenden bemessen), verloren gehen. Besonders, wenn die Steuerung verlagert hat oder noch mangelhaft gewesen ist, oder weil sie zerfallen sind — wie die Techniker sagen, wenn Wasser in die Torpedokörper eingedrungen ist — usw. Bisher sind in dem im Schlamme des Grundes und sind nur schwer wieder aufzufinden. Das soll erleichtert werden durch Sub-

magnete, die nicht bloß gestatten, die Geschosse leicht aufzufinden, sondern sie auch zu heben. Sind die Torpedos nicht zerfallen, sondern nur im Schlamm liegen geblieben, so brauchen die Magnete garnicht besonders häufig zu sein, denn wenn sie angehoht sind, kommt der natürliche Auftrieb hinzu, der sie selbst an die Oberfläche treibt. Haupt- sache für die Magnete ist, daß sie gegen Wasser und Temperatur-Veränderungen unempfindlich sind. Das Anfluchen und Flott- machen von Torpedos mit solchen Submagneten stellt sich wesentlich billiger als das bisherige Verfahren, wobei Taucher den Grund abtauchen mußten. Das war aber nicht bloß teuer, sondern auch gefährlich, denn wenn die durch ihre eigene Druckluft getriebenen Torpedos im Grunde stecken blieben und ihre Druckluft noch nicht entwichen ist, so können sie plötzlich beginnen, weiter zu laufen, wenn sie nur ein wenig gelockert werden. Dabei ist es dann vorgekommen, daß die daran arbeitenden Taucher zu Schaden gekommen sind, indem ihnen das plötzlich losziehende Torpedo Glieder wegriß u. dgl. mehr. Auch in der Richtung bedeutet also die Verwendung von Submagneten einen Fortschritt.

**Ein Aprilscherz.** Nicht bloß am ersten, sondern auch am letzten April schick man die Leute in den April. Dies scheint auch Wolff's Telegraphen-Bureau passiert zu sein. Es überlieferte gestern die Welt mit der Nachricht, daß ein Kapitulieren-Konvention dem Bau eines Theaters beschließen hätte. Den funktionsfähigen Gründen stände ein Kapital von einer Million Mark zur Verfügung. Man teilt uns dazu mit, die Gründerfirma laute Tisch-Schloß u. Co.

**Theater in Burg Hohenzollern.** Das Bremer Stadttheater gibt am 9. Mai wieder eines seiner beliebtesten Lustspiele und zwar wieder „Der Herr Senator“ gegeben. Hierzu sind Vorzugsplätze für Saal und Galerie, das Stück für 30 Pfg. in der Expedition des Volksblattes schon jetzt zu haben, worauf wir hinweisen wollen.

**Aus dem Lande.**

**Jever, 3. Mai.**

**Ein gestohlenes Tier auf dem Markt.** Zum Viehmarkt am Dienstag kamen zwei Leute aus Ogenborg (Christiansland) schon recht frühzeitig mit einem Besetz zum Markt. Der Viehhändler Bernhard Weinstein in Jever kaufte das Tier, schloß es jedoch schon Verdacht, da die Verkäufer beim Handeln den Preis stark herabsetzten und teilte den Fall dem Gewandamen Friedrich mit. Dieser vernahm die Leute, welche sogleich gefanden, das Besetz in Cleerno gestohlen zu haben. Die beiden Spitzhunden wurden sofort verhaftet.

**Oldenburg, 3. Mai.**

**Die Konferenz der Fortschrittlichen Volkspartei,** die am Sonntag im „Rathschloß“ stattfand, beschloß sich mit dem Programm der liberalen Vereinigung im Landtage, das kurz vor Schluß der Landtagsession von 13 liberalen Abgeordneten der Welt verfaßt worden ist. Die Konferenz akzeptierte das Programm, sagte demselben aber noch auf Wunsch aus Kreisen des Bundes der Selbstbehörden den Satz hinzu, „daß die „Liberalen Vereinigung“ für die Landespolitik auch die Verbefähigung einer den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Befolgung für die Zivilstaatsdiener, Lehrer, Gewandamen und Staatsarbeiter erstreckt. Für die Landtagswahlen wurde ein selbständiges Vorgehen beschloßen. Die Stellungnahme zu den Stichwahlen soll erst nach dem ersten Wahlgang bestimmt werden. Der Parteisekretär Dr. Adner gab einen Bericht, nach welchem seit Januar 88 öffentliche Versammlungen, neun Vertrauensmännertreffen abgehalten und sechs neue Vereine gegründet worden sind. Zum Schluß wurde in einer Resolution noch einmal die Hoffnung ausgedrückt, daß die Nationalliberalen zu einer Befähigung wegen der Reichstagswahlen zu kommen.

**Neues Gesetzblatt.** Veröffentlicht und in Kraft gesetzt ist das Gesetz über die Bestand- und Aufwandsordnung für die Gewandamen in Oldenburg und das Fürstentum Wald.

**Emden, 3. Mai.**

**Die Expedition des Nord. Volksblattes** befindet sich seit dem 1. Mai in der Neuen Straße Nr. 54. Dort werden fortwährend Bestellungen auf das „Volksblatt“ sowie auf sämtliche Parteiliteratur entgegengenommen.

**Riel, 3. Mai.**

**Verhaftungen aus politischen Gründen.** Die West-Zeitung meldet: In Riel sind 18 Personen, meistens Mitglieder von Gewerkschaften, verhaftet worden. Bei ihnen wurden verbotene Schriften und zur Verteilung am 1. Mai vorbereitete Aufzettel in Beschlag genommen.

**Aleine Mitteilungen aus dem Lande.** Als die Pferde durchgingen, wurde in Jever der Rauscher Beyer vom Wagen geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. — Die Weide des bei einem Bootunglück im vorigen Jahre mit seiner Tochter ertrunkenen Schulverwalter Feldmann aus Bremerhaven ist Montag morgen in Wremen angetrieben und geborgen.

**Nach aller Welt.**

**Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Riel verurteilte einen erkrankten Vater wegen Mordes und Blutschande zum Tode. Der Wähling hatte das Kind seiner Tochter mit einer Schlinge erdrosselt und verlangt, daß es den Schweinen hingeworfen werden sollte.

**Gliedlicher Witzung aus 150 Meter Höhe.** Der Holländer Wynmalen überflog am Dienstag in 150 Meter Höhe den Ort Buc bei Versailles. Während er in der Maschine ein Defekt ein und der Motorier führte ab. Er fiel in einen Teich und erlitt geringfügige Verletzungen an den Beinen. Der Apparat wurde gerettet.

**Die Fremden in Spanien.** Wie die Blätter aus der spanischen Ostküste (Granada) melden, wurde dort der Vlarer Jaraquit, während er von der Anzahl eine heftige Predigt gegen seine Varrangeführten hielt, von mehreren Bürgern überfallen und durch Dolchschläge getötet.

Die Mörder schleiften den Leichnam unter dem Beifall der Menge durch die Straßen und wurden von der Bevölkerung gefolgt, als die Gendarmen sie festnehmen wollten.

**John Arbeiter verlegt.** Beim Vortrieb des Tunnel durch den Mont d'Or bei Ballorbe (Schweiz) erfolgte am Dienstagabend ein Unglücksfall durch eine zu spät explodierte Mine. 10 Arbeiter wurden dabei verlegt, davon 3 schwer. Ein Arbeiter hat beide Augen verloren, sein Zustand ist hoffnungslos.

**Eine brave Tot englischer Seeleute** wird aus Neapel gemeldet. Im vorigen Hafen wurde ein Boot, in dem sich fünf Leute vom Sanitätspersonal eines deutschen Passagierdampfers befanden, durch eine plötzlich auskommende Welle zum Kentern gebracht. Die fünf mit den Wellen kämpfenden Menschen wurden durch ein sofort ausgelegtes Boot des britischen Kreuzers „Bachante“ gerettet.

**Aleine Tageschronik.** In verschiedenen Moselgebieten haben in den letzten Tagen schwere mit Sturm und Hagel verbundene Gewitter großen Schaden in den Feldern angerichtet. — In St. Albans in L. E. kürzte am Dienstag Lieutenant Koker vom Feldartillerie-Regiment 15 mit seiner Flugmaschine aus einer Höhe von 60 Metern ab und wurde schwer verletzt. — Der 28jährige Student der Medizin Franziskus Schaps in Bonn hat Sonntag abends seine Braut und sich selbst erschossen. Das Motiv der Tat ist unbekannt. — In der Nacht zum Montag erlitt in Würzburg der Weltmeister Fritz Franke und machte beim einen Selbstmordversuch. — Die Arbeiterin Marie in Goldberg (Schlesien) wurde vom Blitz erschlagen, ein Acker wurde bedeckt. — In Heledorf bei Vermeerde wurde beim Bohren nach Wasser ein Braunkohlensänger von erheblicher Größe gefunden. — In der Nacht zum Dienstag brach in einer Fabrik in der Wälfelder Vorstadt Schaefer's Feuer aus, wobei zwei Frauen und zwei Kinder verbrannten. — Der Müllverleger Maternich und sein Bruder führten bei Sedbalopol mit einem Meteor-Flieger ab und wurden getötet.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 3. Mai.** Die Nachrichten nach dem Mörder der Frau Ridel in Lichterfelde sind bisher noch ohne Erfolg gewesen.

**Hamburg, 3. Mai.** Die Vulkanwerft hat gestern an der Landungsbrücke, an welcher die Arbeiter, die zur Werk kommen, landen, eine Bekanntmachung anhängen lassen, nach welcher alle Arbeiter, die am 1. Mai geleiert haben, entlassen sind und heute ihren Lohn abholen können.

**Christiana, 3. Mai.** Die Eisenbahnkommission des Stortings empfahl den Gehehewort betr. die Errichtung von Radiotelegraphenstationen auf Spitzbergen und Hammerfest einstimmig zur Annahme. Die Kosten derselben werden auf 300 000 bis 350 000 Kronen geschätzt.

**Petersburg, 3. Mai.** Gestern begann der Prozeß gegen eine Gruppe von 26 angeklagten Revolutionären der Razmistenpartei, die ein Attentat gegen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und gegen den Justizminister Schtschegolewitsch sowie noch andere Staatsmänner geplant haben. Unter den Angeklagten befindet sich die Tochter des Oberleutnant Rykhowski, außerdem mehrere Studenten und Gymnasialisten.

**Cetinje, 3. Mai.** Die Stupitschina, die zu einer außerordentlichen Session einberufen ist, hat den Gehehewort betreffend die Erteilung einer Konzession zur Erbauung einer hydro-elektrischen Zentrale von 120 000 PS. angenommen, die den Hofen von Antivari mit Elektrizität zu industriellen Zwecken versorgen soll.

**Neuwort, 3. Mai.** 25 000 Stredenarbeiter bei sechs Eisenbahnen in den westlichen Staaten sind in den Aufstand getreten.

**Orientalien.**

**A. J., Nürtingen.** Das neue Einkommensteuergesetz und damit der neue Steuerparagraf sind noch nicht publiziert und also auch nicht in Kraft getreten. Und wenn das aus irgend welcher Ursache nicht werden sollte, was sehr zweifelhaft ist, so tritt es erst im nächsten Jahre in Kraft. Es gilt also für die vor der Tax liegende Steuererhebung das alte Gesetz. In einem Dekret der deutschen Nummer wird das für die Steuerzahler, besonders die Arbeiter, dabei Unannehmliche mitgeteilt, worauf wir Sie verwiesen.

**A. N., Heppens.** Sie haben den mit Humor gepaarten Spott, mit dem der Verfasser gerade den Takt der Nürtinger-Nummer, die von oben herab auf den Bauarbeiter niedersehen, geteilt, nicht verstanden. Sie gehören ja nicht zu den Menschen, die der Dichter vergleicht mit einem „grüngrünen Tier auf grüner prangender Weide“.

**Zwei Weibchen in Delmenhorst.** Da Pant in Nürtingen liegt, haben Sie beide recht. Die bisherige Ortsangabe ist aus Versehen stehen geblieben.

**J., Delmenhorst.** Es scheint heute. Auch andere Berichte sind gestern zu spät bei uns eingelaufen.

**Leitungen.**

Ein Munition für den Wahlkampf gingen bei der Redaktion ein: 2,00 Mk., gesammelt in der „Ritzsch“ bei Schön (J. J. J. J.) durch Frau J.

Ein Munition für den Wahlkampf erhielt von den Zimmerleuten der Neugubenerischen West November 10,70 Mark, gesammelt auf der Wälfelder.

Nürtingen, 3. Mai 1911. Ad. Schulz, Sekr.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 2,00 Mk., gesammelt auf dem Stiftungsfest der Nürtinger und Jäger am 30. April in Wälfelder Lokal. Bis jetzt eingegangen 62,80 Mark.

Nordenham, 1. Mai 1911. W. Harms. Parteilosen, gedient des Wahlfonds!

**Wetterbericht für den 4. Mai.** Gemäßigtes, kühles Wetter, wechselnde Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge.

Verantwortl. Redakteur: G. Reike in Barel. Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Nürtingen.

Dierzu zwei Beilagen.

# Neuheiten

## in bedruckten und gewebten Waschstoffen.

Reinwollene Mousseline	la. Elsässer Fabrikate in hellen, mittel- und dunkelfarbigen modernen Streifen, klein gemusterte Dessins und Bordüren . . . . .	von 0.80 bis 1.70
Mousseline - Imitat -	in vielen modernen Farbenstellungen, gestreift, getupft und mit Borden . . . . .	von 0.35 bis 1.00
Kleider-Leinen	Leinen-Imitation, Halbseiden, Reineleinen, weiss und farbig, uni und gestreift . . . . .	von 0.55 bis 1.75
Voile und Crepon	aparte Saison-Neuheiten, uni, schwarz-weiss gestreift und bedruckt . . . . .	von 0.75 bis 2.25
Schweizer Plumeti	moderne Lochstickerei-Stoffe, 70/120 breit, Topfenmulle, Fantasie-Dessins weiss und farbig . . . . .	von 0.75 bis 5.25
Kostüm-Stoffe	grosses Sortiment moderner Farben . . . . .	von 1.50 bis 2.20
Satin-Foulards	imit. Seiden-Foulard . . . . .	von 1.15 bis 1.50
Zephyr	la. Elsässer und Wiener Qualitäten für Damen-Hemdblusen und Herren-Oberhemden . . . . .	von 0.95 bis 1.90

**Besonders preiswert!** la. Seiden-Mousseline (Ind. Mull), in 12 aparten Farben, 116/120 cm breit, 4 Meter nur **0.85**

Grosse Auswahl in neuen weissen Waschstoffen, klare, halbklaare und dicke moderne Gewebe.  
Grosse Farbensortimente in uni Satins, Batist und Seiden-Mull.

## Bartsch & von der Brelie.

**Konsum- u. Sparverein für Bant und Umgegend**  
E. G. m. b. H.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere

### Sparkasse

zur fleissigen Benutzung.  
Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst. Täglich geöffnet vorm. von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, nachm. von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 5 Uhr.

Der Vorstand.

Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Hauptziehung: 6.—31. Mai.  
Kauflose:  
Ganze Halbe Viertel  
200 M. 100 M. 50 M.  
Achtel  
25 M.

Schwitters, Kgl. Preuss. Lott.-Einn.  
Rüstringen  
vis-à-vis Variété Adler.

**Neuheiten in Kleider- und Blusenstoffen**  
eingetroffen.

Martha Kappelhoff  
Ede Deich- und Reckenstrasse.

**Plättkohlen**  
3 Pfd. 22 Pf., 10 Pfd. 70 Pf.  
Sack (50 Pfd.) 4.40 Mk. per 100 Pfd.

**J. H. Cassens,**  
Schaar und Bant, Peterstrasse 42

**Leer** Mühlenstr. 16  
2 Min. v. Bahn.

Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Geschäft von  
**Rudolf Heyer**

### Abbehausen.

**Soziald. Wahlverein**  
für Abbehausen u. Umgegend.

Freitag den 5. Mai d. Js.,  
abends 8 Uhr:

**Monats-Versammlung**  
im Vereinslokal

H. Strindhoffs Gasthof.  
Das Erscheinen sämtl. Mitglieder erwartet  
Der Vorstand.

**Frischen Trank abzugeben**

E. Meyer, Bahnhofshotel.

**Speck la., fett u. mager**  
Pfd. nur 75 Pf., 4 Pfd. 2.80.

**Schmalz, rein. Schweine**  
Pfund 55 Pf.

**Prima grobe Würst**  
gerüsch., per Pfd. 1.20 Mk.,  
in ganzen Würsten  
Pfund 1.10 Mk.

Man beachte bitte mein  
Mabattsystem!

**Fettwarenhans Hansa**

Inh.: Theodor Schiormann.  
Bant, Wilhelmsh. Strasse 5.  
Bant, Wilhelmsh. Strasse 60.  
Heppens, Götterstrasse 4.

Kauf die  
Minute rich-  
tig geb. Ihre  
Kleider, wenn  
Sie dieselben  
kaufen und  
reparieren  
lassen bei Uhr-  
mach. Janßen  
Bismarckstr. 22.  
Grüßl. Arbeit.

**Kandis ff.**  
1 Pfund . . 30 Pf.  
**J. H. Cassens,**  
Bant, Peterstr. 42 u. Schaar.

**Gefunden**  
ein Schlüsselbund. Abzuholen in  
der Exped. d. Bl.

### Restaurant Albert Matzner.

Von Mittwoch den 3. Mai cr. ab  
als Einlage:

### Versuchungen der Großstadt

eine der interessantesten Film-Bilder.  
Entree frei, Bier 10 Pf. Albert Matzner.

### Ohne Stiefel

können Sie nicht sein. Wenn Sie wieder  
Bedarf haben, so sehen Sie sich bitte erst  
unsere Schuhwaren an. Wir sagen nur, dass  
wir das Beste führen. Damit ist alles gesagt.

### Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,  
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

### Geschäfts-Gründung.

Eröffne mit dem heutigen Tage im Hause Grenzstr. 74  
zu Rüstringen ein

### Zigarren-, Zigaretten- und Tabakgeschäft.

Indem ich bestrebt bin, nur gute Ware bei billiger Preis-  
stellung zu liefern, bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst  
zu unterstützen. Achtungsvoll

Frau Lina Eckhoff.

### Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Deutschen Schiffbauer, E. K. 22.

Die Leistungsfähigkeit am Tage. Ausnahme größtenteils ohne ärztliche  
Untersuchung bis 45 Jahren, ohne Unterschied des Berufs.

Das Statut ist zu haben bei  
**f. Nürnberg, Rüstringen, Kaiserstrasse 32.**

### Achtung!

Verband der Schiffszimmerer.  
Die heute abend fällige Ver-  
sammlung findet ungestört  
nicht statt. Der Vorstand.

### Arbeiter- u. Radfahr.-Verein

Rüstringen-Wilhelmshaven  
Sonntag den 4. Mai cr.  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

Mitglieder-Versammlung  
in Seelwäcker's Lokal.  
Der Vorstand.

### Bürgerverein Neubremn

Sonntag den 6. Mai,  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### Versammlung

bei Gahwland, Grenz-  
Tages-Ordnung:

1. Erhebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Abrechnung vom 1. Quart.
4. Vortrag über den Antrag  
der elektrischen Straßenbahn.  
Referent: Paul Hug.
5. Kommunales.  
Vollständiges und pünktliches  
Scheinen erwartet

Der Vorstand.

### Hausbesitzer-Verein Neuenrade

Sonntag den 6. Mai,  
abends 8 Uhr:

### Versammlung bei Giltz

Der Vorstand.

### Achtung! Kegelbrüder!

Personen, welche sich für  
Gründung eines Kegel-  
klubs interessieren, werden  
gebeten, sich am Freitag  
den 5. d. M., abends  
8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Herrn Ed.  
Larrens, Seban, „Zum  
deutschen Hause“, einfinden  
zu wollen. Die Einladung.









# Bekanntmachung.

Stadtmagistrat Rüstingen.

Die Dienststunden in den Bureaus: von 9<sup>1/2</sup> bis 1 Uhr und von 2 bis 6<sup>1/2</sup> Uhr.  
 Sprechstunden des Bürgermeisters und des Stadtsyndikus: von 10 bis 1 Uhr vormittags, am sichersten Montags im Rathause II (Heppens) und Donnerstags im Rathause I (Bant).  
 Ausrüstungsstunden der Stadtkämmerei: von 9 bis 1 Uhr vormittags. Die Kassen bleiben vorläufig in den bisherigen Dienststunden (in den beiden Rathäusern und in Schaarreihe 112).  
 Die Sprechstunden des Bauamts: von 11 bis 1 Uhr mittags im Rathause I (Bant). Im Rathause II (Heppens) hat täglich von 12 bis 1 Uhr ein Baubeamter Sprechstunden.  
 Die Standesämter bleiben einstweilen in den Rathäusern und in der Wohnung des Standesbeamten Lohde, Schaarreihe, für die bisherigen Bezirke.  
 Die Krankenkassensachen werden wie bisher bei den Rechnungsführern (in den Rathäusern und im Hause Schaarreihe) erledigt. Die bisherigen Bestimmungen gelten für die einzelnen Bezirke weiter.  
 Sämtliche Armesachen werden im Rathause I (Bant) erledigt. Im übrigen erfolgt die Erledigung der Dienstgeschäfte im Rathause II (Heppens), Ausrüstung und Vermittlung in beiden Rathäusern (namentlich Entgegennahme der An- und Abmeldungen).  
 Genaue Geschäftsverteilungsübersicht wird noch bekannt gemacht.  
 Rüstingen, den 3. Mai 1911.

Stadtmagistrat.  
Dr. Lucken.

# Bekanntmachung.

Wir suchen zur Unterbringung unserer Stadtkämmerei und anderer Bureaus eine Bestimmung im Mittelpunkte, möglichst an der Bismarckstrasse, zu kaufen oder Räume zu mieten. Angebote erbeten wir uns sofort.  
 Rüstingen, den 3. Mai 1911.

Stadtmagistrat.  
Dr. Lucken.

## Wahl- und Zählungsabfuhr.

Die Kosten der **Wahl- und Zählungsabfuhr** werden vom 1. Mai d. J. an von den Haushalten gleichmäßig verteilt abgeführt. Die Unterzahler des Abfuhrwerts sind angewiesen, über die abgeführten Mengen genau Buch zu führen.  
 Rüstingen, den 3. Mai 1911.

Der Stadtmagistrat.  
Dr. Lucken.

## Villenkolonie.

Der Preis der Bauplätze nördlich der Kirchstraße ist auf 760 Mk. pro m<sup>2</sup> erhöht.  
 Rüstingen, den 1. Mai 1911.

Der Stadtmagistrat.  
Dr. Lucken.

## Bekanntmachung.

**Kennende.** Die Befitzer von Wägen und Grabstellen auf den neuen Friedhöfen werden hiermit aufgefordert, ihre Wägen bis zum 1. d. Mts. in vollständigen Stand zu setzen; besonders die schadhafte Einbauten und Ventile der Graber zu beschreiben oder zu entfernen, die Gefahr von Unfällen zu vermeiden usw., im übrigen falls es der Richtern auf Seiten der Eändigen auszuführen ist wie folgt.

Der Kirchenrat.  
Artenau, Pastor.

## Bekanntmachung.

**Kennende.** Die Arbeiten an den öffentlichen Gebäuden sollen vergeben werden, und sind versiegelte Offerten bis zum 13. d. Mts. bei dem Unterzeichneten einzureichen. Zeit und Bedingungen liegen in Calens Gasthaus zur Einsicht aus.

Der Kirchenrat.  
Artenau, Pastor.

## Bade im Auftrag noch

mehrere Bauplätze

in Artenau und Schaar belegen, zu verkaufen.

Orth Friede, Dierks,  
Schaarreihe 90.

## Bekanntmachung.

Die diesjährigen Reparaturen aus Reuanlagen der hiesigen Schulen sollen auf Offerten vergeben werden. Die Verzeichnisse der Arbeiten mit Materiallisten und Zeichnungen liegen vom 4. d. Mts. an in A. B. Herdes Wirtshaus in Schortens auf 14 Tage zur Einsicht aus und sind verschlossene Offerten bis 19. d. Mts. hier einzureichen.  
 Neu-Abbitenhausen, 1. Mai 1911.  
 G. Herdes, G. B.

## Bekanntmachung.

Die Befitzer von Hunden haben dieselben vor dem 20. Mai d. J. bei den Bezirksvorstehern zur Besteuerung anzumelden und erhalten eine Gemeindefnummer, welche am Halsband des Hundes sichtbar zu befestigen ist. Innerhalb des Steuerhalbjahres (1. Mai bis 1. Novbr. 1911) abgeschaffte, abhandene, getommene oder eingegangene Hunde sind hier abzumelden, zugekommene Hunde sind innerhalb 14 Tagen hier anzumelden.  
 Die Steuer beträgt jährlich 5 Mk. für den ersten, 10 Mk. für den zweiten, 15 Mk. für den dritten und jeden weiteren Hund einer Haushaltung und ist in halbjährlichen Beträgen zu entrichten.  
 Neu-Abbitenhausen, 1. Mai 1911.  
 G. Herdes, G. B.

## Bekanntmachung.

Nach dem die Gebärme Lammers ihren Beruf aufgegeben hat, will der Gemeinderat eine junge Frau im Alter bis zu 30 Jahren zum nächsten Gebärmenlehrkursus in Borsdorf bringen. Ueber günstige Bedingungen hinsichtlich der Kosten des Lehrkursus wird hier Auskunft erteilt. Bewerberinnen wollen sich bis zum 20. d. Mts. hier melden.  
 Neu-Abbitenhausen, 1. Mai 1911.  
 G. Herdes, G. B.

## Zu verkaufen

20 Stück 9-10 Wochen alte

Ferkel

prima Oldenburger Rasse.

Zaude. J. G. Hohlh.

Gedenke mich in  
**Rüstingen, Gökerstrasse**  
 Ecke Zedeliusstrasse  
 im Hause des Herrn Uhlhorn, zum 15. Mai er. niederzulassen.  
**K. R. Seifert**  
 prakt. Zahnarzt.

**Scheuertuchbrauche.**  
 Tüchtiger Platz-Vertreter  
 von großer und leistungsfähiger altrenommierte Scheuertuchfabrik gegen hohe Provision sofort gesucht. Bevorzugt werden solche Herren, welche branchenständig sind und bereits mit Erfolg geteilt haben.  
 Offerten sub K. D. 3224 an Rudolf Mosso, Köln.

## Auktion.

Donnerstag den 4. d. Mts.,

nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr,

verkauft wird im Saale des Restaura. „Zu den vier Jahreszeiten“, Borsdorfstr. 28 hierelbst, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:

- 1 Vogelbauerständer, 2 Sessel, 1 Eimerbank, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Nähgarnitur (rot), einen großen Spiegel mit Stuhl, zwei Spiegel, 2 Teppiche, 1 Becken, 1 gr. Flurgarderobe, 1 Sofa mit Ripsbezug, 1 Kinder-Badewanne, 2 1<sup>1/2</sup> und 2 Hölz. Bettstellen mit Sprungmatratzen und Rissen, einen Küchenschrank mit Säulen, einen Eimerschrank, 1 Küchenschrank, 1 Eimerschrank, 1 Petroleummaschine, 1 Stehgarderobe, zwei Teumaux, 1 Paar Kleiderkasten, 1 Sofa, 1 Nähmaschine und was sich sonst vorfinden wird.

## Hadeler & Wilken

Rechnungssteller und Ant.-Geschäft, Rüstingen. — Fernruf 165.

## Berkauf.

Händler G. Jansen zu Rüstingen

lehrt am

Donnerstag den 4. d. M.,

nachm. 2 Uhr anf.,

in und bei Joh. Fellers Gastwirtschaft zu Rüstingen, Verl. Bismarckstr.



40 bis 50 Stück

große und kleine

## Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Rüstingen, den 1. Mai 1911.

G. Herdes,  
Auktionator.

Heute nachmittag

von 5 Uhr ab

auf dem Hofe Wilh. Str. 42

Grosser

Brennholz - Verkauf.

## Einige gebrauchte Möbel

billig zu verkaufen, ferner dabeist ein neuer Zeeisen. Zu erfragen Geertstr. 74, Eigarrengehäft.

## Zu verkaufen

1 milchgebende Ziege

H. Weber, Heidmühle.

**Radfahrer** fordern die besten Ersatzteile für ihre Räder. Das beste Ersatzteil ist ein richtiges Ersatzrad.  
**Optima-Fahrräder**  
 sind erprobte, bis zum 10 Jahre Gebrauch taugliche Ersatzteile für alle Räder.  
 H. TIMMANN, Hannover 125  
 Weg. 102. Besteht Ersatzteile für Fahrer und Radfahrer.

## Nähmaschine

2 Federbetten, 2 Bettstellen mit Matratzen, neu, billig zu verkaufen.  
 Friederikenstr. 35, u. r.

Feine Wäsche wird sauber geplättet

Rüstingen, Schillerstr. 15, 1. Et.

## Transportable

## Akkumulatoren - Batterien

werden sauber u. billig geladen.

Reparatur z. Selbstkostenpreis.

Sadawassers Elektrizitätswerk

Wäckerstraße.

**Georg Buddenberg**  
 Buchhandlung :: Buchbinderei  
 Schreibmaterialien - Handlung,  
 Petersstr. 30 — Schillerstr. 16  
 —————  
 Telefon Nr. 548  
 Lieferung sämtl. Zeitungen  
 und Monatshefte.  
 Beste u. billigste Bezugsquelle f.  
 Privat- u. Vereinsbibliotheken.  
 Anfertigung von Kunstschulstempeln, Beitragsmarken, Vereinsabzeichen aller Art, schnell.  
 Großes Lager in Anstalts- und  
 Kassenpostkarten.  
 Große Auswahl in Broschüren  
 politischen und gewerkschaftlichen  
 Inhalts.  
 Einrahmung von Bildern  
 und Brautkränzen unter  
 Garantie standbildig.

## Rechnungsformulare

in allen Größen, empfiehlt die

Buchdruckerei Paul Hug & Co.

## Stier Rabener

von schöner Farbe deckt für 5 Mk.

H. Freese.

Reuende bei Siebethsburg.

Empfehle dreimal täglich frische

Milch. D. D.

## Portemonnaie

verloren, m. Inhalt

(Wochen).

Gegen Belohnung abzugeben.

Nhlesfeld, Rüstingen, Kaiserstr. 1.

## Lehrer

sucht in der Nähe

der Siebethsburg

Schule Stube u. Kammer, unabh.

oder möbl. Dep. erb. unt. G. H. 36

postlagernd Sepens.

## Gesucht

von jungen Eheleuten zum 1. Juni

eine drei- bis vierzimmerige Wohnung.

Offerten mit Preis unter H. H. 5

an die Exped. d. Bl.

## Aufwartefrau

(5 Zimmer) sofort gesucht. Persönliche

Vorstellung vom. von 9-11

Uhr in der Wohnung Götterstr. 42,

Zedeliusstr. 2. Et., Stadthal. Heppens,  
 K. R. Seifert, prakt. Zahnarzt.

1 Mädchen gesucht

für die Tagesstunden.

Frau Janssen, Grenzstr. 26.

## Gesucht

## Maurer

für die Bauten Siebethsburg.

H. Küster, Baugeschäft,

Rüstingen, Roonstraße 24.

## Gesucht auf sofort

tücht. Zimmerpolier. Zu melden

Wilhelmshaven, Vulkanstr. 3, part.,

bei Koestra.

Vertreter gesucht für

Wäsche ::

Dauer-Strickhüte

Spillarten u.

Wäsche. Eld Raaf, Frankfurt a. M.

Hausdiener gesucht.

Hotel Union, Roonstraße 64.

## Gesucht

auf sofort ein Lehrling für mein

Geschäft. G. Wichmann,

Schmiedestr., Amt Bursfelde.

Eisenhammer-Oberbeisch. Ges.

auf sofort ein Lehrling für mein

Geschäft. G. Wichmann,

Schmiedestr., Amt Bursfelde.

## Lehrling gesucht.

J. Niescher, Malermeister,

Rüstingen, Peterstr. 11.

## Gesucht auf sofort

2 Haarbeiterinnen auf dauernd,

pro Tag 1 Mark.

Anna Klein, Schneiderin,

Prinz Heinrichstr. 6, bisher Kühlenstr.

Auf sofort oder später ein

## Stundenmädchen

oder alleinlebende Frau für den

ganzen Tag gesucht.

G. Meyer, Rüstingen, Peterstr. 3.

## Gesucht zum 15. Mai

ein fleißiges sauberes Mädchen

für den ganzen Tag.

Werststraße 74, part. 1.

## Gesucht

zum 15. Mai ein ordentl. Mädchen

für nachmittags.

G. Weiland, Bremer Str. 62.

## Gesucht auf sofort

ein jüngeres Mädchen für den

ganzen Tag.

H. Hagenah

Stranfenbergs Restaurant, Ecke Zedeli-

us- und Borsdorfstrasse, Rüstingen.

## Gesucht

ein Mädchen für etliche Morgen-

stunden.

Fr. Strien, Bismarckstraße 54.



# Große öffentliche Werftarbeiter-Versammlung

am Donnerstag den 4. Mai, abends 6 Uhr, in Sadewassers Tivoli.

**Tagesordnung: Die Stellung der Werftarbeiterschaft zu dem neuen Lohntarif.**

**Kollegen!** Bei der Aufstellung und Festsetzung des diesjährigen Lohntarifs seitens der Werft und des Reichsmarineamts sind die Wünsche der Arbeiterschaft nahezu gänzlich unberücksichtigt geblieben. Es gilt deshalb, den Arbeiter Ausschuss anzuweisen, die Forderungen der Arbeiterschaft erneut der Werftdirektion und dem Reichsmarineamt zu unterbreiten. **Darum muß die gesamte Werftarbeiterschaft, Mann für Mann, an dieser Versammlung teilnehmen.** Der Einberufer.

**Abonniert das Nordd. Volksblatt!**

**Goethe-Bund Delmenhorst.**

Freitag den 5. Mai, 8 1/2 Uhr anf., in Sudmanns Hotel  
Theatervorstellung des Bremer Schauspielhauses

**Liebelei.**

Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler.  
Karten für Mitglieder und bis 3 ihrer Haushaltungsgenossen  
nur gegen Abstempelung der Mitgliedskarte zu 60 Pf., sonst zu  
1.25 RM. in den Buchhandlungen.  
Die Karten sind am Saaleingang abzugeben.

**Silbermanns**

Leihhaus und Partiewaren-Geschäft  
befindet sich jetzt

**Ecke Schul- u. Tonndiechstraße**  
vis-à-vis Restaurant „Augustiner“.

**Wille's echte Doure Portweine**

zu haben in  
Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.  
**Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.**  
: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

**Kaiser-Panorama**  
(Ecke Markt- und Kieler Straße)

**Prinz Heinrichs Reise nach Amerika.**

**Burg Hohenzollern.**

**Dienstag den 9. Mai**  
abends 8.15 Uhr:  
**Einmaliges Ensemble-Gastspiel**  
von Mitgliedern des  
Bremer Stadttheaters  
unter Leitung von Ober-  
regisseur Carl Sick.

**Der Herr Senator**  
Lustspiel in 3 Aufzügen  
von Franz v. Schönthan  
und Gustav Kadelburg.

**Preise der Plätze:**  
Im Vorverkauf:  
1. Parkett . . . 3.00 Mk.  
Sperrsitze . . . 2.00 Mk.  
Saal unten . . . 1.00 Mk.  
Saal oben . . . 0.50 Mk.  
An der Abendkasse:  
1. Parkett . . . 3.25 Mk.  
Sperrsitze . . . 2.50 Mk.  
Saal unten . . . 1.50 Mk.  
Saal oben . . . 0.60 Mk.  
Karten im Vorverkauf  
bei Gehr. Ladewigs, Bismarckstr.

**Verband der Holzarbeiter.**  
Zahlstelle Delmenhorst.  
Sonnabend den 6. Mai cr.,  
abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung**  
bei Wirt Peckmeier.  
Volljähriges Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Delmenhorst.**  
**Geschäfts-Eröffnung**  
Mit dem heutigen Tage eröffne ich  
im Hause Ecke Thüringer und  
Stedinger Straße einen

**Rasier-Salon.**  
Saubere Bedienung zusichernd, bitte  
um gütigen Zuspruch.  
Respektvoll

**Bruno Köckritz.**

**Sprechtag in Nordenham**  
jeden Sonnabend  
morgens von 10 bis 12 1/2 Uhr im  
Hotel Griesshöfer Hof.

**Rechtsanwalt Wichelmann**  
Oldenburg i. Or.  
1 Lange Straße 1.

**Sande.**

Das diesjährige Volksfest  
des Bürgervereins  
**Mariensiel-Sande**  
findet am  
**Sonntag den 11. Juni cr.**  
statt. — Vedenbesitzer wollen sich  
ehestens an Gastwirt Wohlfs wenden.  
Der Festauschuss.

**Zum Waschen od. Reinmachen**  
empfehle ich  
Frau Günther, Bant, Werkstr. 5.

**:: Voranzeige. ::**

Wir kauften während unserer Berliner Einkaufsreise  
— enorme Posten —

**Damen- u. Mädchen-Konfektion**

bedeutend unter regulärem Wert.

Diese Gelegenheitsposten

**zirka 1200 Stück**

Damen-Paletots, Staubmäntel, Kimonos in  
Tuch, Kammgarn, Leinen und Seide :: ::  
Damen-Blusen in modernster Ausführung  
Mädchen-Jacketts und Kinder-Kleider ::

— werden vom —

**Freitag den 5. Mai ab**

zum Verkauf gestellt. Wir bemerken ausdrücklich  
dass dieses

**Spezial-Angebot**

nur erstklassige, hochmoderne Konfektion darstellt.

Beachten Sie unser morgiges, ausführliches Inserat.

**Gebr. Leffers**

Wir bitten, unsere Ausstellung zu besichtigen.

**:: Walhalla ::**

**Kino u. Variété**  
Bismarckstrasse 5.

Diese Woche bis Freitag:  
**Die Indianerin**, Drama.  
**Groß-Reinmagen**, Humor.  
**Der pfiffige Gerichtsvolksherr**, Lust.  
**Müller weiß alles**, Humor.  
**Der Anin**, Drama.  
**Gr. Parade d. franz. Truppen**, Lust.  
**Ein Abend im Bauernhof**, Lust.  
**Familienleben der Ghilaffen**, Lust.

Mitgliedern des  
**Spezialitätenprogramm**  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 u. 30 Pf.

**Volksküche in Rüstringer**  
Museumstraße.

Donnerstag: Grüne Erbsen mit Speck.  
**Gebrauchte Sofas**  
**und Matratzen**  
werden gut und billig aufgearbeitet.  
**Fr. W. Fischer**  
Tapetierer und Dekorateur  
Wilhelmshavener Straße 1, 1. Etg.

**Große Fenster**  
J. O. Cassens, Peterstr. 42, Ecke

## Die Reichsversicherungsordnung.

Auf dem am Sonntag in Berlin abgehaltenen 6. allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands behandelte Herr Julius Dr. W. Wagner-Frantenthal die Reichsversicherungsordnung in der von der 16. Reichstagskommission gegebenen Fassung.

Einleitend bemerkte der Referent, er wolle in gerechter und sachlicher Würdigung zunächst das unzweifelhaft Bessere der neuen Reichsversicherungsordnung hervorheben. Zwei Hauptgedanken hatte die Regierung bei der Vorlage der Reichsversicherungsordnung, nämlich die Durchföhrung des einheitlichen Rechts der Versicherten, Organisation und die Erweiterung der Versicherungsweite. Mit der größeren Einheitlichkeit der Versicherungsbedingungen sollten gleichzeitig die an der Versicherung Beteiligten zur gesamten Sprachweise herangezogen werden, und mit dem Aufbau der Versicherungsorganisation sollte der Unterbau für die drei Versicherungszweige geschaffen werden: der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Um unmittelbaren Zusammenhang mit der Lösung eines möglichst einheitlichen Rechtsmittelverfahrens in Aussicht genommen. Von dem wesentlichen Gedanken, selbständige Behörden zu schaffen, ist die Kommission abgesehen mit einer einzigen Ausnahme, indem sie die Übertragung der neu zu schaffenden Reichsversicherungsämter an die bestehenden unteren Verwaltungsbehörden zugelassen hat. Auch die geplante Heranziehung des Kassenrats weilt schwerer Mängel auf. Den wesentlichen Personen ist eine Beteiligung an der Ausübung obrigkeitlicher und richterlicher Funktionen nicht zugubanden worden. Das geschieht nicht einer Zeit, in der in allen Kulturstaaten Europas eine mächtige Frauenbewegung eingestzt hat. Weshalb zweiten Mangel des Behördenaufbaues im Entwurf muß das Uebergewicht des Beamtenums in den Versicherungsämtern der Oberversicherungsbüro bezeichnend werden. Man hat kaum in Betracht zu ziehen die Beteiligung der Sprachkassen und der Leitung der Versicherungsämter. In den Sprachkassen soll der Beamte des Oberversicherungsbüros als Leiter fungieren, dessen Namenliste das ganze Gebiet des Kassenrats und der Leitung der Dienstordnung unterliegt, sollen zwei Beamten und je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein und bei Stimmgleichheit soll die Stimme des Vorstehers ausschlaggebend sein.

Im Zusammenhang mit der Behördengliederung steht die weitestgehende Vereinheitlichung des gesamten Feststellungs- und Rechtsmittelverfahrens, wozu als die Kranken- und Invalidenversicherung in Betracht kommt. Im Mittelteil dieser größeren Vereinheitlichung steht das mündliche Verfahren. Dieser Fortschritt ist mit bedenklich rechtlichen Dingen verbunden worden. Zunächst hat es die Macht des in den Versicherungsämtern organisierten Unternehmens fertig gebracht, daß das Feststellungs- und Rechtsmittelverfahren nicht auch auf die Berufungsverfahren ausgedehnt wird. Dadurch ist dem Vereinheitlichungsgedanken der Regierung erheblicher Abbruch getan und im großen Ganzen sind die Grundlagen des bisherigen Rechts anfrecht erhalten worden.

Als zweifelloser Fortschritt muß auch die Erweiterung des gegenseitigen Versicherungskreises von rund 12 Mill. auf 20 Millionen bezeichnend werden. Die Zwangsversicherungspflicht ist von einem Fünftel der Bevölkerung des deutschen Reiches auf ein Drittel erhöht. Aber auch diesem Fortschritt haften eine ganze Reihe von Mängeln an. Davon vermag man die Hinterbliebenenversicherung, wie sie der Entwurf nach den Kommissionsberatungen bringt, nicht als einen Glanzpunkt des Reformwerkes zu betrachten. Wir sehen es hier mit einer ganz minderwertigen Hinterbliebenenversicherung zu tun, in deren Mittelpunkt die Fürsorge für die Witwe eines Versicherten steht.

Einer gerechten Bewertung des Entwurfes der Kommissionsberatung wegen ist darauf hingewiesen, daß auch eine ganze Anzahl von Bestimmungen aufgenommen wurden, die gegenüber dem geltenden Recht eine Verbesserung bedeuten; aber diesen Verbesserungen steht nicht das zu Seite, was von einer wirklich großzügigen Reform der gesamten Versicherung verlangt werden darf. „Keine großartige Reform“ — das ist das Motto, das der Kommissionsbericht gedröhrt werden muß.

Die Kommission hat sich von zwei Grundgedanken leiten lassen: Einmal möglichst festzuhalten an den geltenden grundsätzlichen Grenzen der Sozialpolitik überhaupt, oder, was dies in den Worten auszudrückt, die vor zwei Tagen bei der Tagung der Zentralindustriellen Deutschlands geäußert wurden: keine Erweiterung des Staatssozialismus, die man die Richtung der Sozialpolitik bezeichnet. Die Bemerkungen, über die geltenden Grundlagen nicht hinauszuweisen, hängen auf der einen Seite mit allgemeinen politischen Erwägungen, auf der anderen Seite zweifellos mit der großen Finanzpolitik zusammen. Auch hier sehen wir wieder, daß die Fragen der Sozialpolitik zugleich Fragen der Finanzpolitik sind. Es sei hierbei an den Widerspruch des Reiches erinnert, die Versicherungslohngränze in der Invalidenversicherung von 2000 auf 3000 M. zu erhöhen. Der Widerstand erfolgte, weil dann auch eine Erhöhung des Reichszuschusses bevorstand; ferner die Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen. Der Vorentwurf eines Versicherungsgesetzes für die Privatangestellten enthält das 65. Lebensjahr als Altersgränze, das hier nur die Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Kosten tragen.

Einen weiteren Grundgedanken hat die Reichstagskommission zur Geltung gebracht, das ist die Tendenz nach

Beibehaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch Eintragung der Rechte der Versicherten und durch eine wesentliche Umgestaltung des Aufsichtrechts, das sich nach dem geltenden Recht im wesentlichen auf die Geschäftsmäßigkeit bezieht, nun aber über diese Grenzen hinaus auch auf die Zweckmäßigkeit ausgedehnt werden soll. Das Motto zu diesem Bestreben, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken, ist ein rein politisches von Anfang an gewesen und bis zu Ende geblieben in dem Sinne, daß man hier die Selbstverwaltung gesucht und gefunden hat, sich gegen eine bestimmte Partei zu wenden, um ihre Machtausübung auf dem Gebiet der Krankenversicherung einschneidend auszugleichen.

Es ist eine Grundlosigkeit, daß man nicht ebenso wie in der Invaliden- und Unfallversicherung auch in der Krankenversicherung alle Beschäftigte als versicherungspflichtig erklärt, wie es eine wahrhaftige Sozialpolitik unbedingt fordern muß. Man ist auch bei der 2000-Mark-Lohngränze der Zwangsversicherungspflichtigen und der Versicherungsbeiträge stehen geblieben, weil gegen eine Erweiterung dieser Gränze auf wenigstens 3000 M. in erster Linie die organisierte Herzogshaus Deutschlands eine mächtige Gegenwehr aufgebracht hat und weil auch die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzpolitik des Reiches dagegen ist.

Die Reichsversicherungsordnung bringt auch keine wahrhafte Mutterkassensicherung, wie sie unbedingt notwendig ist bei der immer größer werdenden gewerblichen Berufstätigkeit der Frauen. Man hätte besser eine auf der Höhe der Situation stehende Mutterkassen- und Familienfürsorge einföhren sollen, als die Hinterbliebenenversicherung. (Sehr richtig) Man hätte wenigstens obligatorisch freien Hebammen und freie ärztliche Behandlung gewähren sollen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die fundamentale Bedeutung der Krankenversicherung in der ärztlichen Hilfe besteht. Erhöhung der Krankenversicherung heißt die Grundlagen für eine Hebung der Volksgesundheit nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der künftigen Generation. Weil die Krankenversicherung sich als ein ungeheurer Faktor im Kampfe gegen die Volkskrankheiten, gegen Tuberkulose und andere die Massen verheerende Krankheiten erwiesen hat, und deshalb die gesamten Interessen der Nation berührt, darum muß auf eine bessere Ausgestaltung der Mutterkassen- und Familienversicherung das größte Gewicht gelegt werden.

Wie sieht's nun mit der äußeren und inneren Organisation der Versicherungsträger, insbesondere der Krankenversicherungsträger? Die kühnsten Verheißungen der Regierung, eine größere Einheitlichkeit der Krankenkassen herbeizuföhren, hat die Kommission in ganz bedenklicher Weise bestritten ohne Rücksicht auf die Versicherungsträger, lediglich mit Rücksicht auf die Politik. Die Frage der äußeren Gestaltung der Versicherungsträger ist aber keine Frage der Politik, sondern lediglich eine Frage vernünftiger Versicherungsbedürfnisse. (Sehr richtig) Und immer wieder muß betont werden: Im Zeitalter der Großbetriebe sollte man auch in der Versicherungsleitung einen vernünftigen Großbetrieb anstreben. Der Versicherung hat man nicht vorgezogen und durch die Landkrankenkassen hat man die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu Versicherten zweiter Klasse herabgewürdigt. Die Landkrankenkassen sind in Bezug auf Leistung und innere Verfassung mißere Gebilde der sozialen Versicherung und damit ist der bisherigen Gemeindefrankensversicherung nur ein anderer Stamm gegeben worden. Gerade eine Rücksichtnahme auf die wahren Interessen der Landwirtschaft, namentlich der mittleren und kleinen Landwirtschaft, hätte eine Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterkassen mit der gewerblichen herbeizuföhren müssen. Diese Zurücksetzung wird ein neues Motiv zur Landflucht werden. Der Entwurf bringt auch eine Entföhrung der freien Hilfskassen, die gegenüber der geschädigten Stellung dieser Kassen so lange ein Unrecht ist, als nicht an Stelle der Zersplitterung der Krankenversicherungsträger einheitliche britische Grundlagen für die Krankenversicherung geschaffen werden. Solange das nicht geschieht, bedeutet die Entföhrung der Hilfskassen ein Ausnahmegericht für diese, während man auf der anderen Seite die Innungen- und Betriebskrankenkassen gegenüber dem geltenden Recht noch wesentlich besser gestellt hat. Man sieht auch hier die verschiedenartige Beurteilung der einzelnen Gruppen der Bevölkerung.

Und nun die Selbstverwaltung! Die jetzige Selbstverwaltung in den Krankenkassen ist die erste große Organisation der Teilnahme der unteren Volksschichten an den Aufgaben der Staatsverwaltung. Diese Teilnahme an der Staatsverwaltung hat eine eminent erzieherische Wirkung gehabt, und zwar nicht nur nach der Richtung hin, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander arbeiteten, sondern auch nach anderer Richtung hin, indem dadurch das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer gefördert wird und sie einen Einblick in die großen Schwierigkeiten des Lebens, insbesondere der staatlichen und gesellschaftlichen Verwaltung schaffen. Und die Gestaltung des gegenseitigen Stimmrechts in den Kassenverwaltungen mit dem Uebergewicht der Arbeitnehmer ist und war zugleich die Grundlage für eine fortschreitende und weitestgehende Entmündigungslosigkeit der Krankenversicherung überhaupt. (Sehr richtig) In den Jahren 1885—1908, also in den 25 Jahren deutscher Krankenversicherung, sind 1 448 000 000 Krankheitsstage zu verzeichnen gewesen mit einem gesamten Kostenanstand von 3 1/2 Milliarden Mark. Die Arbeitnehmerkassen als der nur empfangende Teil hat ein größeres Interesse an der Krankenversicherung als die Arbeitgeber. Auf diesem Grundgedanken ist auch das gegenwärtige Stimmrecht aufgebaut. Die Folge war, daß die Krankenversicherung eine grobartige Entmündigung erfuhr. Weil aber der Arbeitgeber des gegenseitigen Versicherungsrechts

unter der Geltung der Wahrheit und der Bedenklichkeit dieser Tatsachen absichtlich das Stimmrecht der unmittelbar beteiligten Arbeiterkassen geschnitten hat, deshalb bildet der jetzige Entwurf der Reichsversicherungsordnung nicht allein einen Eingriff in die geschädigten gewordenen Rechte, sondern auch einen Eingriff in die Entmündigungslosigkeit deutscher Krankenversicherung und zugleich eine Ungerechtigkeit gegenüber den überwiegender Interessen, ohne die Kassen irgendwie anders zu gestalten. Zwei Drittel Beitragskassen haben die Arbeitnehmer in den Krankenkassen, aber zwei Drittel Stimmrecht in der Verwaltung der Arbeitgeber. Hand in Hand mit dieser Ungerechtigkeit geht eine vollständige Umgestaltung des Angehörigenrechts. Und dabei ist wiederum eine verschiedenartige Behandlung der Angestellten zu bemerken: die Beamten der Unfall- und der Invalidenversicherung werden anders behandelt, als für die Beamten der Krankenkassen vorgesehen ist. Fragt man nach dem Motto, so kommt man auch hier wieder zu der Ueberzeugung, daß es politische Gründe sind, um an Stelle der freien Selbstverwaltung und der Vertragsfreiheit ein fein ausgeklügeltes, kaum noch übersehbares Angehörigenrecht für die Angestellten zu schaffen. Zum obersten Grundgedanken eines modernen Rechtsstaats gehört aber die Schonung und Achtung wohlverdienender Rechte. Auch das Vereinigungs- und Kongreßrecht soll beschränkt werden. Schließlich bringt uns die Kommissionsfassung keine Lösung des Kassenrats, keine den Kassen günstige Lösung des Kassenratsproblems. — Reiner empfindlich schließlich die Annahme folgender Resolution, die auch nach einer lebhaften Debatte, die sich im Sinne des Referats hielt, angenommen wurde:

1. Wenngleich die R.-V.-O. auch in der Fassung der Reichstagskommission die Befreiungen von Teilen der sozialen Versicherung enthält, so bringt sie doch als Ganzes nicht den Fortschritt, den die gesamte Arbeiterkassen und die unteren Volksschichten von einer freiheitlichen Sozialpolitik erwarten mußten, und amiel dem Geist des Reichstages, namentlich auf dem ganzen Gebiete der Krankenversicherung.
2. Der Ausschuß der Frauen von der Ausübung richterlicher Tätigkeit bei den Versicherungsbehörden, das Uebergewicht der beamteten Mitglieder über die Kassenmitglieder in den Spruchkollegien der Oberversicherungsämter, der Wegfall des Beamtenratsstreitverfahrens bei der Krankenversicherung und die Ordnung des Feststellungs- und Rechtsmittelverfahrens der Unfallversicherung fordern den entschloßenen Widerspruch heraus.
3. Die geplante R.-V.-O. hält gegen alles soziale Bedürfnis an der Versicherungsgrenze von 2000 M. fest, bringt keine wahrhafte Mutterkassen- und Familienhilfe, vernachlässigt selbst die Entwurf der kühnsten Verheißungen einer größeren Vereinheitlichung der Krankenversicherungsträger, bringt eine minderwertige Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, ebensoll die freien Hilfskassen als Hilfskassen, verlegt bei der Gestaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen alle Rücksichten auf die Gerechtigkeit und die Entmündigungslosigkeit der Kassen und bindet dem Kassenangehörigenrecht alle Freiheit der Vertragskassen gleich mit schweren Eingriffen in wohlverdienender Rechte, vernachlässigt das Vereinigungs- und Kongreßrecht der Krankenkassen, bringt keine Lösung des Kassenratsproblems und der Kassenratsfrage und gefährdet das so bedeutsame Heilwerden der Versicherungsanstalten, ohne andererseits den Beginn der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen.
4. Die Witwen- und Waisenversorgung ist zu kümmerlich, daß sie als Ersatz der Hinterbliebenenversicherung betrachtet werden könnte.
5. Die Versammlung lüßt den Mangel der R.-V.-O. die hier gerügten schweren Mängel zu nehmen und eine wirklich großzügige Reformarbeit zu schaffen, andernfalls stellt die Versammlung nicht an, die Wöschung der R.-V.-O. zu fordern, weil die fortschreitende Entmündigung der Krankenversicherung, dieser Grundgedanke der Volksgesundheit, durch die Umgestaltung des Stimmrechts und die neuen Schranken der Selbstverwaltung unmöglich gemacht werden wird.

## Gewerkschaftliches.

**Beendigung des Kampfes in Mannheim-Ludwigshafen.** Eine Versammlung der am Kampf im Hagenberg beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter hat die Wiederaufnahme der Arbeit für den 3. Mai beschlossen.

**Die Tapezierer der Unterweserreute,** die sich seit wenigen Wochen im Ausstand befinden, haben schon recht schöne Erfolge erzielt. Eine ganze Reihe Firmen haben bereits bewilligt, andere dürften in Kürze folgen. Wird der Zugang, wie bisher, ferngehalten, dürfte der Sieg bald ein vollständiger werden.

**Die Bauhölzer in Rassel** stehen in einer Bewegung, um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und eine zehnprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Zugang ist ferngehalten.

**Der Streik der Maurer und Zimmerer in Weiegen a. O.** ist nach zweiwöchentlicher Dauer mit Abschluß eines Vertrages beendet worden. Der Vertrag gilt bis 31. März 1914. Der Lohn wird sofort von 45 auf 48 Pfennig erhöht und am 1. April 1913 tritt eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pfennigen ein.

## Aus aller Welt.

**Der verunglückte Netter.** Aus Essen a. d. R. wird geschrieben: In einem Bahnübergang lief ein Kind durch die geschlossene Schranke auf das Geise, gerade als der Zug heranbrauste. Der Bahnwärter sprang herbei und riß das Kind fort. Er selbst wurde vom Zuge erfaßt und getödtet. Das Kind ist unverletzt.

## Schwaizer.

Donnerstag, 4. Mai: vormittags 4.55, nachmittags 5.09

## Öffentl. Ausschmittelle zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Küstringen, Peterstraße 14. Täglich abends von 7—8 Uhr geöffnet. Innergütliche Kasuistenermittlung über die Alkoholfrage, sowie über Fürsorge und Heilung Alkoholkranker, über Heilmitteln, Entmündigung von Alkoholkranken, Teufelstimmittelwörter usw.



**Monopol.**

Sozialer Roman aus dem russischen Volkstümchen von Karl Kuhlso (16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nachdem sich die Aufregung, welche durch Duchows Rede hervorgerufen worden war, etwas gelegt hatte, nahm er nochmals das Wort, indem er sagte:

„Ich möchte Sie nun noch bitten, Ihre Geduld, die ich schon so lange in Anspruch genommen, noch aufrecht zu erhalten, bis Vater Sergius Ihnen ein Schriftstück vorgelesen haben wird, welches einige von mir getroffenen Verfügungen betrifft, die für mich und für die eventuellen Erben Duchows bindend sind. Ich habe das Dokument notariell beglaubigen lassen, damit es als ein nie mehr rückgängig zu machender Entschluß für mich und für alle, die mit mir in Beziehungen stehen oder treten wollen, aufgesetzt wird.“

Nach diesen Worten trat Vater Sergius an Duchows Seite, zog ein auf Stempelpapier geschriebenes Dokument hervor, welches er sorgfältig auseinanderfaltete, worauf er mit heller, klarer Stimme folgendes vorlas:

„Ich, Endesunterszeichneter, Oleg Michailowitsch Duchow, erblicher Besizer des Mosauer Gouvernements und Kreises, Besitzer des Gutes Duchowa, habe mich entschlossen, die Brauereibrennerei und Spiritfabrik in den bisher dazu bestimmten Gebäuden meines Gutes Duchowa einzustellen, die Gebäude aber zur Errichtung eines Heims für erholungsbedürftige Alkoholiker zu verwenden. Zu diesem Zweck bestimme ich:

1. Die ganze innere Einrichtung der Spiritfabrik wird dem Weillbleichen verkauft und der Ertrag zur Einrichtung für die Wohnräume des Heims verwendet.

2. Zum Unterhalt dieser Stiftung vermaache ich mein in der Wolga-Rama-Bank deponiertes Barvermögen im Betrage von 500 000 Rubeln als unangreifbares Kapital, aus dessen Zinsen die laufenden Ausgaben des Stiftes zu decken sind.“

Raum waren diese Zeilen zur Verlesung gelangt, so hohete man aus der vordersten Reihe ein demonstratives Geräusch. Es war Alexandra Pawlowna, die es verursachte, indem sie so laut, daß sämtliche Näherstehende es hörten, zu ihrem neben ihr stehenden Vater sagte:

„Kommt, wir sind doch nicht hier, um solche Verfaßtheiten anzuhören! Es wäre meiner Ansicht nach denn doch schon vernünftiger gewesen, ein Versorgungshaus für Schwachsinnige zu gründen!“ Und stolz mit dem Kopfe nickend, verließ sie, von Vater und Mutter begleitet, demonstrativ die Spiritfabrik, während Oleg Michailowitsch ihr mit einem besorgenen Blicke nachsah.

„Solch ein Wahnsinn, solch ein Widsinn“, sagte noch der alte Palkhin beim Hinausgehen. „Für so etwas das schöne Geld auf die Straße zu werfen, unehrer!“

„Er kann Gott danken, daß ich noch nicht seine Frau bin“, riefte Alexandra Pawlowna, „ich hätte beantragt, ihn zu entmündigen, in eine Irrenanstalt zu bringen. Es ist doch wirklich zu emündend! Sein ganzes Barvermögen für die verloffene Bande! Ich möchte gern wissen, womit er denn eine gut erogene Frau standesgemäß ernähren wollte?“

Ohne sich durch den Zwischenfall sonderlich stören zu lassen, benötigte hierauf Vater Sergius die Verlesung des recht umfangreichen, alle näheren Bestimmungen enthaltenden Dokumentes. Der Hauptzweck sollte sein, schwächlichen Alkoholiker, welche in Nachahmung dem Trunk auf eine bestimmte Zeit entlag hatten, Gelegenheit zu geben, sich durch einen Aufenthalt von mehreren Wochen in der Anstalt körperlich und geistig so weit zu erholen, daß sie gelüftet und mit neuem Bewusstsein den Kampf ums Dasein aufzunehmen imstande seien. Außerdem sollte ein internationaler Fonds zur Bekämpfung der Alkoholproduktion begründet werden, um auf die Gesehgebung der einzelnen Staaten dahin einzuwirken, daß der Spirit — abgesehen von dem denaturierten Brennspiritus — in die Kategorie der Arzneien und Gifte zu verweisen sei, und nur in geringen Mengen auf ärztliche Verordnung geliefert werden dürfe.

Der Schluß der Begründung dieser Idee lautete:

„Was aber den Alkohol zu medizinischen Zwecken anbelangt, so wäre gegen ein Staatsmonopol zur Herstellung und zum kontrollierbaren Vertrieb des Gistes nicht nur nichts einzuwenden, sondern ein solches Monopol wäre eine Wohlthat für das ganze Volk, würde seine materiellen und intellektuellen Kräfte bis zu einer nie geahnten Höhe und Vollkommenheit entwickeln, den Staat nach Innen und Außen so sehr stärken, daß der Ausfall an Getränkesteuern sich in anderer Weise mit der größten Reichthümlichkeit aufbringen lassen würde. Der Staat soll sich aber nicht zum Wirtschaftlichen der Weihenmorde machen, die der Alkoholismus geschaffen. Dieses Uebel muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, und der Tag wird kommen, wo die Völker sich einmüthig gegen die Geißel einer verkehrten Kultur erheben werden!“

Nachdem Vater Sergius das Dokument vorgelesen, entfiel unter den Anwesenden ein eigenartiges Gewoge und Gedränge. Der eine schüttelte den Kopf, der andere rief „Wahnsinn“, der dritte lächelte skeptisch, der vierte ironisch, nach ein anderer mit unerschütterlichem Gohn. Trotzdem folgten alle — mit Ausnahme des Popen von Jurino — dem Beispiel des Weismarshells, welcher auf Duchow zutrat und ihm zu dem neuen Unternehmen, welches ihm sicher sehr viel Geld lohnen, aber keines einbringen würde, verbindlich Glück wünschte. Was stimmte Oleg Michailowitsch die Meinung all dieser Menschen, mit Ausnahme seiner wirklichen Freunde und vor allem der seinen Herzen am nächsten stehenden? Deshalb empfand er es auch mit höchster Inniger Befriedigung, daß Warwara Dmitriewna

Jäge sich erhellt, daß eine freundliche Milde ein beglückter Mutterstolz aus ihren Zügen sprach.

Sie trat auf ihren Sohn zu, umarmte, küßte ihn gütlich und sagte mit tränenden Augen:

„Nun weiß ich auch, weshalb ich stets eine instinktive Abneigung gegen unsere Brennerei hatte. Es war die geräuherte Stimme des Gewissens, das gefühlt, wenn auch nicht klar erkannte Unrecht. Du bist gut, Oleg. — Wie stolz fühle ich mich, deine Mutter zu sein!“

In Nataljas Herzen aber jubelte es, denn das fühlte, das wußte sie, daß seine Tai ihr galt. Aber ihr Herz war so überrollt, daß sie fort wußte aus dem Gedränge aller dieser fremden Menschen, deren Aufmerksamkeit sie jetzt nur niederdrückte. Sie blühte zu Oleg Michailowitsch hinüber, sah, wie seine Augen sie suchten, wie sie aufsuchten, als ihre Blicke sich trafen. Und es war nur ein Blick, ein Blick voll unendlicher Liebe, den sie ihm zuwarf, den er verstand.

**20. Kapitel.**

Als das Festmahl, das ja für den größten Teil der Gäste der Hauptgrund gewesen war, weshalb sie nach Duchowa gekommen, vorüber war, als ein Wagen nach dem andern mit seinen weihenissen Inoffen davonrollte, aimete Duchow erleichtert auf. Er bedauerte es fast, daß er die Gründung seiner menschenfreundlichen Stiftung auf eine solche Weise in Szene gesetzt hatte. War es wirklich notwendig, so viele Gäste einzuladen, eine lange Rede zu halten, in deren Sinn sich doch nur die wenigsten unterhalten konnten, auf welchem Branntwein und Wein in Strömen floßen, auf welchem betrunnene Köpfe den Gastgeber und seine „Kultur!“ hochleben ließen, auf welchem mit den vollen Branntweingläsern dem Branntwein ein Verbot nach dem andern zugehört wurde, wobei sich namentlich der für seine nicht verrückte Umstehung reich honorierte Popo von Jurino auszeichnete, der ein Mal über das andere ausrief, heute müsse so viel und so lange getrunken werden, bis kein Tropfen mehr übrig geblieben sei. Das sei seiner Meinung nach die allerbeste Lösung der Branntwein-, der ganzen Alkoholfrage! — Und doch, — wenn Oleg Michailowitsch an all diesen Zynismus dachte, so regte sich in seiner Brust ein Gefühl von Bitterkeit, Sarkasmus und Verachtung, das ihn gemüthlicher befehdigte und eine Gesellschaft verdammt, für welche Saufen und Trinken die höchsten Tugenden, Trunkenheit — Seligkeit war. Ja, und deshalb war es auch besser, daß er gleich nach seiner Rede dieser angekauften Gesellschaft mit beidem dem Sport demonstrativ einen Spiegel vorhielt, in welchem sie sich selbst und ihre Branntweinaltur betrachteten konnte.

„Jetzt kommen sie ohne uns aus“, hatte er Doktor Sefolowitsch zugeflüstert, als die Gäste sich gleich auf die Getränke gestürzt hatten. Und dann hatte er sich mit seinem Freunde zu Warwara Dmitriewna zurückgezogen, in deren Gesellschaft sich bereits Nadeschda Jankowitsch und Vater Sergius befanden. Natalja hatte sich unbemerkt in ihre Zimmer zurückgezogen.

„Und wo ist denn Natalja?“ fragte Duchow betreten, als er, in den kleinen Kreis tretend, ihre Abwesenheit bemerkte.

„Wahrscheinlich du, daß sie herkommen soll?“ fragte Warwara Dmitriewna, indem sie einen prüfenden Blick auf ihren Sohn warf.

„Ja“, entgegnete er, „der heutige Tag ist doch dazu bestimmt, alle Gegner des Alkohols, die sich zur Zeit in Duchowa aufhalten, zusammenzuführen. Und da kommt gleich neben Vater Sergius Natalja.“

Warwara Dmitriewna ließ sie durch Anjuta rufen. (Fortsetzung folgt.)

**kleines Feuilleton.**

**Wie Ibsen seine Dramen schuf.**

Man schreibt uns aus Christiania: Lieber die Art, wie Henrik Ibsen arbeitete und über sonstige Äuße des nordischen Dichters veröffentlicht ein Jugendfreund Ibsens, der Reichsgerichtsrat E. Mossfeldt, in der Zeitung Aftenposten ein interessantes Beiträge. So erzählte Ibsen einmal seinem Freunde, daß, wenn er den Plan zu einem Drama gefaßt hätte, es sehr lange dauerte, ehe er mit dem Niederschreiben begann. In einlauen Stunden, besonders auf seinen Spaziergängen, formte er nicht bloß seine Gedanken in großen Zügen aus, sondern bearbeitete im Kopfe alles bis zu den einzelnen Szenen und Rollen. Die Rollen schrieb er, je nachdem die Arbeit vorwärts schritt, auf kleine Papierstücke, die er in Schachteln legte, wozu er eine für jede Person im Stück bestimmte war. Auf diese Art arbeitete er im Kopf das ganze Drama mehrere Male durch. Befändig nahm er Veränderungen vor, und schließlich erreichte er die in der Schachtel liegende Rolle mit der neuen. „Aber trotzdem“, sagte Ibsen hinzu, „ist es selten, daß ich, wenn ich mit dem Schreiben des Dramas beginne, die bisher auf diese Art ausgearbeiteten Rollen un verändert benutze.“ Bei einem Gespräch äußerte Ibsen, es sei eine unrichtige Auffassung, wenn man unter unglücklicher Liebe versteht, daß sich Zwei, die einander gern hätten, nicht kriegen könnten. Unglückliche Liebe bestände vielmehr darin, wenn die Beiden heirateten und dann fühlten, daß sie nicht zu einander paßten und nicht glücklich mit einander leben könnten. Was Mossfeldt zu Neujahr 1900, kurz nachdem „Wenn wir Toten erwachen“ erschienen war, den Dichter befragte, den die Krankheit schon geschwächt hatte, erzählte Ibsen, daß er ein neues Werk beginnen wolle, wenn er sich etwas ausgeruht und verschiedene geschäftliche Angelegenheiten geordnet hätte. Auf die Frage, ob das letzte

Drama, das Ibsen selbst als einen Epilog bezeichnet hätte den Abschluß seiner Dichtung bedeute, erwiderte Ibsen: „Was es ist nur ein Wahnwitz, der jetzt fertig ist. Ich werde es mehr einen neuen beginnen.“ Darauf fragte Mossfeldt den Dichter, ob er nicht erst eine Begleitung zum vollen Verständnis desjenigen Abschlusses seiner Dichtung geben müßte, der nimmere, wie er erklärt hätte, abgeschlossen sei. Er wisse ja, daß über den eigentlichen Grundgedanken in seinen Dichtungen, darüber, was der Dichter eigentlich gesagt haben wolle, große Unsicherheit herrsche, und Klarheit würde es lieber geben, als bis Ibsen selbst sie brächte. Ibsen lächelte jedoch nicht für richtig, sich hierüber zu äußern. „Geben“, sagte der Dichter, „wie ich mir selbst dem Publikum gegenüber in der Wahl und Behandlung meines Stoffes volle Freiheit vorbehalte, so soll auch das Publikum volle Freiheit haben, das, was ich schreibe, auszuwählen, wie es will. Ich habe kein Recht, dem Publikum diese Freiheit zu nehmen.“

**Der Röllschwanzaffe und der Allgebeitel.**

Große Not herrscht an der „Eilberlinger“ Bernerode unter dem Dän. Die Leute sind da noch so fremd, aber auch sehr arm, und weil die Wälder von Kirchenbau halt gar nicht zusammenkommen wollen, so ist die wäldrige Herr Pfarre unter die „Dichter“ gegangen, wo eben hat die fromme „Mitteldeutsche Volkszeitung“ in Heiligenstadt sein Werk veröffentlicht. Sahn zwar etwas anderes als das pöbelliche Gedicht, aber in einer kleinen Probe daraus wird der Leser dennoch im Freude haben. Der Herr Pfarre beginnt: „Um Geld um Formherzigkeit — In Martinsfeld der Pfarre über — St. Paulus ist sein Schutzpatron — Da er den Mann trägt davon. — Das Kirchengeld in dem Jährl — Ihn und dampf, ja zum Sankt!“ — Dann wird in schön getarnten Reimen auseinandergeföhrt, daß von ihm ein Reich Geld zum Kirchenbau, entgegengenommen wird, selbst für ein Schok verquanzter Eier der Erde, und in Schluß des Gedichtes lautet so: „Nun wenn mal in Kommerzienamt — Aus Wilsch auch das Haus betrat — Dem alle Hohen ihr verkauft, — Dann denk: Ich bin, wer das verkauft! — Ein Röllschwanzaffe, — Wer das Geld für einen lächenden Schnaps behält! — Um Bernerode Kirchenbau — Geb ich das Geld, denn das ist falsch — Und seh' ich noch den Kettel ab — Dem Allgebeitel sein Grab!“ — Wenn dieses murrelsteimerwächtige Wort den „Allgebeitel“ nicht zum Lieberlaufen bringt, dann ist den Bernerodeern unter dem Dän nicht mehr zu helfen!

**Schöpfung! Die „New York Sun“ erzählt folgende**

Rabbinerliche amerikanischer Bräuter: Eine Frau Wilman aus St. Louis hatte bei einem Brautmoder eine kleine Verletzung am Bein davongetragen und, wie in Amerika Brauch ist, die Straßenbahngesellschaft ein Schadenersatz verlangt. Sie verlangte 2000 Dollars. Die Schadenersatzfrage vor kurzem zur Verhandlung kam forderte der Richter auf Antrag der beklagten Partei, daß Wilman das beschädigte Bein vorlege. „Ich mein ...“ erwiderte sie die Dame entrüstet aus. „Ich mein ...“ und bevor sie noch zum zweiten Male das fürchterliche Wort sprechen konnte, war sie schon in Ohnmacht gefallen. Die Verhandlung mußte vertagt werden, und man weiß nicht, ob Wilman dem nächsten Termin aus ihrer „Reinigung“ Belegenheit bereitet werden wird. — Die „New York Sun“ sagt gleichsam einschuldig hinzu, die präde Dame sei in Amerika wohl „einzig in ihrer Art.“

**Ein gelöstes Problem.**

Man schreibt der „Frankf.“ aus Paris: Eine hiesige Zeitung hat ihren Lesern folgende schwierige Frage vorgelegt: „Ein Ballon über dem Meer ist in größter Gefahr und die Anker scheinen rettungslos verloren. Schon hat man allen entbehrlichen Ballast über Bord geworfen, ohne daß es gelungen wäre, den Ballon wieder steigen zu machen. Da erscheint als einzige Möglichkeit, den Untergang aller zu vermeiden, das Opfer eines Einzelnen: Ein Passagier soll über Bord geworfen werden, den Untergang aller zu vermeiden, das Opfer eines Einzelnen: Ein Passagier soll über Bord geworfen werden!“ Ihre Namen sind: Bickrio, Weichklotz, Lohf, Lohf. — Welchen von diesen Männern würden Sie zum Tode weihen?“ — Ein Leser antwortete mit folgender Schlichtheit: Ich würde den Dicksten wählen!

**Literarisches.**

Gesellschaft und Arbeiterbewegung. Unter diesen 22 Seiten findet Brochüre erschienen, herausgegeben von E. Kellner, Redakteur der Bremerer Arbeiterzeitung, dem Redakteur über die Gesellschaftsfrage auf dem Wege der Arbeiterzeitung. Seit den Beschlüssen und Debatten in Kopenhagen ist die behandelte Frage außerordentlich aktuell geworden. Ein mögliches Verhältnis zwischen Partei, Gesellschaften und Arbeiterbewegung liegt im Interesse aller dieser Kreise, zu denen wir Parteien und den künftigen Gesellschaften, zur Partei, zur Arbeiterbewegung, die soziale und wirtschaftliche Beziehungen der Kampf gegen die Konsumvereine — alles das ist in verschiedenen Kapiteln behandelt. Ein Umfang demgegenüber wertvolle Angaben über den Stand der Gesellschaften in Deutschland, insbesondere der Konsumvereine und über die Verhältnisse der englischen Konsumvereine. — Die Schrift enthält ferner einen lachen Verhältnis innerhalb der modernen Arbeiterbewegung und der Konsumvereine Bewegung Rechnung und sie ist ein Propaganda im Sinne der Beschlüsse von Kopenhagen und Bremerburg sehr geeignet sein. Preis 1 Mark.